

Danziger Zeitung

Westpreussisches Volksblatt Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Ansträger oder Zweigstellen monatlich 2,50 RM., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3,00 RM., nach Pommern durch Träger 4,00 RM., durch Post 4,25 RM., nach Polen nur unter Kreuzband 5,25 RM., Einzelpreis 0,15 RM., 0,25 RM. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezugsnehmer oder Abonnent seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in bedauerlichem Umfange verspätet oder nicht erscheint, unverlangt Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt.

Anzeiger für den Freistaat Danzig Pommern und die östlichen Gebiete
mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

Anzeigenpreise und -bedingungen: Die einspaltige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 RM., im Restteil (38 mm breit) 50 RM. Auslandspreise, Beilagen und Kabatttage nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Kabatt. Platz- und Terminverpflichtungen sowie telefonische Bestellungen und Abrechnungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unrichtigen Manuskripts oder bei Aufgabe keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Konturgen, Vergleichen und gerichtl. Betreibungen kein Kabatt. Gerichtsstand für beide Teile Danzig.

Ministerpräsident Göring

Das Programm der preußischen Regierung

Die Programmrede vor dem Landtag — Das Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Preussische Landtag hat am Donnerstag in knapp zwei Stunden seine Sitzung durchgeführt. Das Kabinett Göring, hervorgegangen aus der nationalsozialistischen Revolution, stellte sich dem Landtage vor. Der Ministerpräsident Göring gab seine Regierungserklärung ab. Nach wenigen Ausführungen der Fraktionen wurde das von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen vorgelegte Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung angenommen mit einer Mehrheit, die weit über die Zweidrittelmehrheit hinausging, da sie alle Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten umfasste. Das Ermächtigungsgesetz ist danach, wie Präsident Kerrl feststellte, mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen worden.

Die Bedeutung dieser Landtagsitzung kam auch äußerlich zum Ausdruck. Nicht nur waren sämtliche Tribünen überfüllt, sondern Kundfunkt und Konfilm hatten sich eingeschaltet und der Sitzungssaal hatte ein Festgewand aus Pflanzenschmuck und dem Hakenkreuzbanner erhalten, das von der schwarzweißen und der schwarz-weißen Fahne flankiert war. Vor dem Haupteingang zum Landtagsgebäude waren die Polizeieinheiten aufmarschiert. Vom Eingang des Gebäudes bis zum Sitzungssaal hatten SA und SS die Spalierbildung bilden. Die Ehrenmaske für die Regierung Göring übernommen. Als um 3.15 Uhr das Kabinett mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze und dem Landtagspräsidenten im Gefolge, geschlossen in den Sitzungssaal einzog, ertönte von der nationalsozialistischen Fraktion der Ruf: „Lebendig, worauf die Abgeordneten sich von ihren Plätzen erhoben.

Nachdem das Kabinett auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, sprach Landtagspräsident Kerrl dem Führer Adolf Hitler die Grüße des neuen Preußen aus und gelobte ihm treue Gefolgschaft. Er sagte auch dem Ministerpräsidenten die Unterstützung des Parlamentes zu. Ministerpräsident Göring entwickelte dann sein

Regierungsprogramm

Ich übernehme mein Amt, so betonte er, in erster Linie als treuester Palast meines Führers Adolf Hitler. Dann kam ein Bekenntnis zur „Verantwortung in jeder Beziehung“ für die Maßnahmen der preussischen Regierung und ein Gelöbnis zur Einführung der preussischen Politik in die Reichspolitik. Die erste Epoche der nationalsozialistischen Revolution, in der oft scharf zugegriffen werden mußte, sei im wesentlichen abgeschlossen.

Die Revolution gehe aber weiter;

ihre zweite Epoche sei die des Aufbaues. Einige Grundzüge wurden dann unterstrichen: Leuchtende Sparsamkeit, peinlichste Sauberkeit und Pflichttreue in der Verwaltung, Förderung der Hochschulen, an denen nur aus dem deutschen Volke hervorgegangene Lehrer wirken sollten, die Schaffung der völligen Verbundenheit der Schulen aller Art, die Volkverbundenheit aber auch für die Kunst. So umriß der Ministerpräsident die Kulturaufgaben, um dann die anderen Einzelaspekte zu streifen. In der inneren Verwaltung legte er Wert auf ein lauberes Berufsbeamtentum, für das er selbst die Forderung übernehme, sowie auf eine gut organisierte Polizei zur Abwehr aller gegen den neuen Staat gerichteten Bestrebungen. In diesem Zusammenhang protestierte Göring gegen die in Genf aufgetauchte These, als könne man die Schutzpolizei einer Heeresformation gleich rechnen. Die Zustimmung wurde ausgesprochen,

daß die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei, die nicht staatsfeindlich ist, keinen Grund zur Ausschaltung aus dem Beamtenverhältnis bietet und daß dies auch für die dem Zentrum angehörenden Beamten gilt.

Bei Betrachtung der Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen dankte der Ministerpräsident dem Justizminister für das Erbhofgesetz und wandte sich gegen die manchmal gutgemeinten Eingriffe unverantwortlicher Stellen. Rücksichtsloses Vorgehen gegen Korruption wurde unterstrichen, vom Umfang der kleinen und kleinsten Kommissare gesprochen, die Verantwortlichkeit des Leiters — nicht aber der Mehrheit der Beiratszelle — für den Betrieb herausgestellt, die Not-

wendigkeit der Beseitigung gegensätzlicher Interessen gruppen mit ihren die Wirtschaft schädigenden Wirkungen hervorgehoben.

Mit eiserner Faust werde er nötigenfalls die Harmonie erzwingen.

die zum Wohle des ganzen Volkes erforderlich ist. Bei Erörterung der dem Hausbesitz und der Landwirtschaft gewährten Steuererleichterungen folgte ein Bekenntnis zu dem abgezeichneten Diktum. Dann kamen Hinweise auf den neuen Staat, der dank äußerster Sparsamkeit ausgeglichen wurde. Nach einem Dank an SA, SS, und Stahlhelm sagte der Ministerpräsident unter Hinweis auf den Eindruck der Friedensrede Hitlers im Reichstag: „Die Ehre und die Freiheit sind das Fundament Preußens, und Preußen ist das Fundament Deutschlands!“

Die Aussprache

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde immer wieder von begeisterter Zustimmung der Mehrheit des Landtages begleitet. Am Schluß wurde dem Ministerpräsidenten ein dreifaches Siegel dargebracht. Als für die Sozialdemokraten der Abg. Szillat in einer formulierten Erklärung das Ermächtigungsgesetz ablehnte und dabei u. a. sich über mangelnde Gleichberechtigung beklagte, antwortete ihm der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Abg. Kube, mit der Frage, mit welchem Recht die Sozialdemokraten es wagten, von Gleichberechtigung zu sprechen. Er erinnerte dann an die Unterdrückung der Nationalsozialisten unter den von den Marxisten geführten Regierungen und kam zu dem Schluß, daß die von ihm geführte Mehrheit dieses Hauses nicht willens sei, eine derartige Provokation wie die heutige Rede des sozialdemokratischen Sprechers noch einmal hinzunehmen. Sie schämen und schweigen, seien jetzt die Aufgaben der SPD.

Dr. v. Winterfeld (Dtn.) gab in kurzer formulierter Erklärung die Zustimmung der Deutschen nationalen zum Ermächtigungsgesetz bekannt. Vom Zusammenhalt der nationalen Führer und Gefolgschaft erwarteten die Deutschen nationalen schnellste Wiederherstellung des preussischen Staates, wie er einst von den Hohenzollern geschaffen wurde.

Ohne weitere Aussprache wurde das Ermächtigungsgesetz dann mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Präsident Kerrl schloß die Sitzung. Die Nationalsozialisten stimmten zum Schluß das Horst-Wessel-Lied an.

gegen ihn bei der preussischen Regierung so zahlreich eingelaufen, daß diese seine Verlegung nach Hannover verfügt habe. Daraufhin habe er seinen Abschied genommen. Am 1. Juli 1922 sei er zum geschäftsführenden Vorsitzenden des preussischen Landgemeindevorstandes gewählt worden. Dr. Gereke äußerte sich dann über seine Tätigkeit in dieser Stellung. Die sogenannten Roggenpenden seien nicht, wie die Anklage behauptet, in seine eigene Tasche geflossen, sondern aus ihnen sei die gesamte Organisationsarbeit bestritten worden.

Auf die Frage nach der Entstehungsgeschichte der Umlage erwiderte der Angeklagte Dr. Gereke, er sei keineswegs der Urheber dieser Umlage gewesen. Sie sei ihm vielmehr geradezu von seinen politischen Gegnern im Verbandsaufgezwungen worden. Die Vertreter der sozialistisch orientierten Landgemeinden hätten daran Anstoß genommen, daß in den Bilanzen hinter dem Betrage seiner Aufwandsentschädigung immer in Klammern die Worte standen „nicht ausgezahlt“. Sie hätten darauf gedrungen, daß diese Verpflichtung des Verbandes abgedeckt werde und darum die Umlage durchgedrückt, über deren vorausgesetzlichen Ertrag man bei ihrer Ausschreibung kein klares Bild haben konnte. Auf die Frage, warum er denn nicht das ihm zustehende Gehalt vom Verband eingezogen habe, galt auch nicht meinen persönlichen Bedürfnisse, sondern ausschließlich meiner politischen Arbeit. Diese politische Tätigkeit steht für mich in erster Linie und dann kommen meine persönlichen Bedürfnisse noch lange nicht, denn ich bin eine sehr bescheidene Lebensweise gewöhnt.

Der „Observatore Romano“ über die Ernennung Dr. Brünnings zum Zentrumsführer

Rom, 18. Mai. Anlässlich der Ernennung Dr. Brünnings zum neuen Vorsitzenden und Reichsführer des Zentrums ist, wie der „Observatore Romano“ in einem redaktionellen Artikel ausführt, die Stellung des Zentrums durch Abgabe einer klaren und unabweisbaren Entschiedenheit klargestellt worden. Drei Grundsätze seien in diesem Manifest über die neue Zentrumsposition aufgestellt: Der moralische Grundpfeiler der Freiheit und Würde des einzelnen Individuums; ein ausgesprochen politischer Grundpfeiler über die Aufrichtigkeit des Zentrums bei seiner Zusammenarbeit mit dem neu geordneten Staat in allem, was das nationale Interesse betrifft; und schließlich der organisatorische Grundpfeiler einer Konzentrierung aller leitenden Ämter in der Person des früheren Reichstanzlers Brünnings, der den Auftrag zur Reorganisation der Partei erhält.

Die Entschiedenheit ist, wie das Blatt des Vatikans hinzusetzt, ein Dokument moralischer Würde und politischer Aufrichtigkeit; sie werde sicherlich auf die weitere Orientierung der Zentrumsposition keinen geringen Einfluss haben.

Der Abrüstungsausschuss tritt erst Freitag nachmittag zusammen

WTB, Genf, 18. Mai. Die Delegationen auf der Abrüstungskonferenz haben heute früh die schriftliche Mitteilung Hendersons bekommen, daß der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz statt wie vorgesehen am Donnerstag, am Freitagnachmittag zusammenzutreten werde. In dem Schreiben weist Henderson ausdrücklich auf die große Bedeutung der Erklärungen Roosevelt und Hitlers hin. Er spricht weiter von der Möglichkeit, daß Vorkonferenz Adolfs vielleicht am Freitag in der öffentlichen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz auf Grund der Erklärungen des Reichstanzlers den Standpunkt der deutschen Regierung zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen darlegen werde.

In Anbetracht der Abrüstungskonferenz rechnet man mit der Möglichkeit, daß in nächster Zeit in Genf eine Zusammenkunft von bevollmächtigten Vertretern der fünf Großmächte (Deutschland, Italien, Frankreich, England und Vereinigte Staaten) stattfinden werde.

Verstärkung der Devisenüberwachungsbestimmungen im Reich

Ueberschüssige Gepäckkontrolle.

Berlin. Zur Devisenverordnung wird eine vierte Durchführungsverordnung erlassen, durch die die Auslandsreisen deutscher Pfandbriefe zur Verhinderung eines unkontrollierten Abflusses nach dem Inlande in die Devisenbewirtschaftung einbezogen werden. Ferner werden die ins Ausland Reisenden selbst und das mit ihnen mitgeführte Gepäck als auch alle ins Ausland ausgegebenen Sendungen in Eisenbahn-, Schiffs-, Luft- und Postverkehr einer strengen Kontrolle unterworfen, die sich auf Sendungen aller Art erstreckt. Die Kontrollen finden entweder bei der Auslieferung der Sendungen oder während ihrer Beförderung statt.

Devisenvergehen werden außer mit hohen Geldstrafen mit Gefängnis und unter Umständen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Der ehemalige Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung vor seinen Richtern

Beginn des Prozesses gegen Dr. Gereke.

Berlin, 18. Mai (GWB.). Der Prozeß gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Landrat a. D. Dr. Günther Gereke, der beschuldigt ist, in der Zeit seiner Verwaltung des Verbandes der Deutschen Landgemeinden und bei der Leitung des für die Wahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg aufgestellten Komitees Untreue und Betrug verübt zu haben, nahm heute vormittag vor der 8. Strafkammer des Landgerichtes I seinen Anfang. Neben Dr. Gereke ist der frühere Verbandsekretär Artur Freigang angeklagt. Der Angeklagte Dr. Gereke wird von Rechtsanwalt Langbehn, der Angeklagte Freigang von Rechtsanwalt Dr. Lorenz verteidigt. Für die heutige Verhandlung sind noch keine Zeugen geladen. Landgerichtsdirektor Crome, der Leiter des Korruptionsbezirksamtes im Preussischen Justizministerium, wohnt der Verhandlung bei.

Zu Beginn der Verhandlung gibt Landgerichtsdirektor Jäpper eine Darstellung des Falles: Der Angeklagte Gereke hat erklärt, daß er von der Zeit der Gründung des Verbandes bis zum Jahre 1928 die ihm zustehende Aufwandsentschädigung nicht entnommen und auch sonst kein Entgelt für seine Tätigkeit im Verbande erhalten habe. Diese Angaben seien unrichtig gewesen, denn er habe sich durch seinen Sekretär Freigang seine Ansprüche auf die Aufwandsentschädigung für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis Ende 1925 berechnen lassen und dafür 42 000 Mark entnommen. Er habe auch später noch eine Umlage, die zugunsten notleidender Gemeinden vorgenommen worden sei, für sich verwertet. Dieser Betrag habe sich auf etwa 32 000 Mark belaufen. Außerdem habe er noch im Gegenjah zu seinen Angaben 10 000 Mark auf andere Weise erhalten. Von dem Geld des Hindenburg-Wahlkomitees habe Dr. Gereke große

Summen für Wahlpropagandazwecke auf Bankkonten überweisen lassen, deren Verwalter der Angeklagte Freigang war und deren Inhaber Tochtergesellschaften des Landgemeindevorstandes waren, der vollständig unter dem Einfluß Dr. Gerekes stand. Für den ersten Wahlgang seien 685 000 Mark, für den zweiten Wahlgang 706 000 Mark überwiesen worden. Da die Beträge für die genannten Zwecke nicht restlos verbraucht worden seien, habe sich ein Ueberschuß von insgesamt 482 000 RM. ergeben. Mit Hilfe des Angeklagten Freigang habe sich Gereke unter der Vorpiegelung, ordnungsgemäße, aber auf diskrete Weise verausgabte Gelder nicht öffentlich belegen zu können, von einer Druckerlei in Berlin quittierte Rechnungen über in Wahrheit nicht geleistete Arbeiten in Höhe von 481 000 RM. beschafft und an das dieser Rechnungen dem Hindenburg-Ausschuß seine Abrechnung vorgelegt. Anstatt der obengenannten Ueberschüsse habe die Abrechnung dann Gebührenträge ausgewiesen.

Dr. Gereke schilderte in seinen Darlegungen vor dem Gericht zunächst seinen Werdegang. Der Angeklagte, der 1893 auf dem väterlichen Gut Grunau geboren ist, trat kurz vor dem Referendarexamen bei Ausbruch des Krieges als Freiwilliger bei den Torgauer Husaren ein, wurde an der Ostfront schwer verwundet und 1915 als dienstunfähig entlassen. Mit 22 Jahren wurde Gereke der jüngste Ehrenbürger in seiner Stellung als Bürgermeister der kleinen Stadt Meyenburg. 1919 wurde er zum Landrat des Kreises Torgau gewählt, war also mit 25 Jahren Preußens jüngster Landrat. Da infolge seiner Verdienste bei den Reichstagswahlen von 1921 im Kreise Torgau die deutschnationalen Stimmen um das Sechsfache gestiegen seien, seien die Anzeigen der Linken

Zur Ehrung von Leo Schlageter seien am Freitag, den 26. Mai aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem dieser sein Leben für die Befreiung der Rheinlande geopfert hat, die Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden die Flaggen auf Wellmast.

Am ersten Tage des offiziellen Trainings zum 8. WM.-Ausrennen ereignete sich ein schwerer Unfall. Der bekannte deutsche Rennfahrer Otto Mers, der einen der beiden Mercedes-Benz-SS-Stromlinienwagen am Sonntag steuern sollte, geriet infolge nasser Bahn ins Schleudern. Bei der hohen Geschwindigkeit konnte Mers den Wagen nicht mehr ausbalancieren und flog im Bogen auf die Bahn, wo er schwerverletzt liegen blieb. Der Wagen fuhr die Böschung hinunter und wurde zertrümmert. Der Verunglückte ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Neues in Kürze

Auf die Botschaft des Präsidenten Roosevelt sind von dem Regierungschef von Deutschland, Spanien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, der Schweiz, Lettland, Rußland, Nicaragua, Venezuela, Mexiko und Panama zustimmende Antworten eingegangen. England, Frankreich und Desterreich haben lediglich den Empfang der Botschaft bekräftigt.

Zum englischen Gesandten in Wien ist der Rat im Foreign Office, Montague Selby, ernannt worden.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Reichsstatthalter in Bayern, Generalleutnant Ritter von Epp. Epp empfing er den neubestellten Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Darré.

Auf Anordnung des bayerischen Staatsministers Effer wird die Verbreitung der Wiener „Reichspost“ in Bayern auf drei Monate untersagt, weil das Blatt wiederholt und besonders in seiner Ausgabe vom 17. Mai 1933 Nr. 136, „woher besseres Wissen unwahre und das Ansehen Bayerns schädigende Nachrichten verbreitet hat, und weil keine Möglichkeit besteht, das Blatt zu einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung zu zwingen.“

Die Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltsvereins hat beschlossen, daß der Deutsche Anwaltsverein als selbständige Rechtspersönlichkeit dem Bunde Nationalsozialistischer Deutscher Juristen korporativ beitrete.

Das Präsidium der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat seine Ämter zur Verfügung gestellt. Das neue Präsidium dürfte, wie bisher üblich, durch die Hauptversammlung gewählt werden.

Graf Galen, Mitglied der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages, hat heute sein Mandat niedergelegt.

Der 28jährige Hotelangestellte Rolf von Busch, der im August v. J. an dem 16jährigen Hotelpagen Schöning einen Lustmord verübt hatte, ist zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Eine Funktionärerversammlung der Hamburger SPD wurde ausgeschrieben und sechs Männer und eine Frau festgenommen.

Gegen den stellvertretenden Direktor der Berliner Getreide-Industrie- und Kommissions A.-G. Einajohn ist Anklage wegen fortgesetzter Untreue erhoben worden.

In der Schwerpat-Grube in Wollensbügel im Harz verunglückten zwei Bergwerksleute tödlich.

Gegen Ministerialdirektor Dr. Wilhelm Arnoldi-Berlin und den früheren Leiter des Milchwirtschaftlichen Institutes der Universität, Prof. Dr. Lichtenberger-Kiel, ist Anklage wegen Untreue bzw. Beihilfe zur Untreue erhoben worden.

Zur Ehrung von Leo Schlageter seien am Freitag, den 26. Mai aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem dieser sein Leben für die Befreiung der Rheinlande geopfert hat, die Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden die Flaggen auf Wellmast.

Am ersten Tage des offiziellen Trainings zum 8. WM.-Ausrennen ereignete sich ein schwerer Unfall. Der bekannte deutsche Rennfahrer Otto Mers, der einen der beiden Mercedes-Benz-SS-Stromlinienwagen am Sonntag steuern sollte, geriet infolge nasser Bahn ins Schleudern. Bei der hohen Geschwindigkeit konnte Mers den Wagen nicht mehr ausbalancieren und flog im Bogen auf die Bahn, wo er schwerverletzt liegen blieb. Der Wagen fuhr die Böschung hinunter und wurde zertrümmert. Der Verunglückte ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Das preußische Ermächtigungsgesetz

Bei dem Ermächtigungsgesetz für die Preussische Staatsregierung handelt es sich um einen verhältnismäßig kurzen Gesetzesentwurf, der aber der Staatsregierung die Möglichkeit geben soll, alle im Interesse der Staatswohlhaltung notwendigen Gesetzgebungsarbeiten ohne irgendwelche parlamentarischen Hemmnisse durchführen zu können. Der Entwurf bestimmt, daß die vom Staatsministerium auf Grund des § 1 des vorläufigen Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich (vom 31. März 1933) erlassenen Gesetze auch zu anderen als den im § 2 dieses Gesetzes genannten Zwecken verwendet werden dürfen. § 1 des erwähnten Reichsgesetzes ermächtigt die Landesregierungen, außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen. Dies soll nach der Reichsermächtigung auch für den Haushaltsplan gelten, den also die Landesregierung gleichfalls ohne Beteiligung der Landesparlamente verabschieden kann. Weiter soll es gelten für die Kreditbeschaffung bzw. für Sicherheitsleistungen. Auch sind die Landesregierungen in dem § 1 des Reichsgesetzes ermächtigt, über die Ausfertigung und Verkündung der von ihnen beschlossenen Gesetze Bestimmungen zu treffen. § 2 des erwähnten Reichsgesetzes schreibt nun jedoch eingehend vor, daß die von den Landesregierungen auf Grund der Reichsermächtigung beschlossenen Landesgesetze nur insoweit von der Landesverfassung abweichen können, soweit es sich um die Neuordnung der Verwaltung einschließt, der Gemeindeverwaltung und um die Neuordnung der Zuständigkeiten handelt. Die der preussischen Regierung erteilte Ermächtigung geht über diese Einschränkung hinaus, indem sie zum Ausdruck bringt, daß die Staatsregierung befugt sein soll, auch solche Gesetze von sich aus ohne weiteres zu verkünden, die zu anderen als den im § 2 des Reichsgesetzes genannten Zwecken verwendet werden sollen.

Weiter sieht die preussische Ermächtigung folgerichtig vor, daß eine Reihe von Bestimmungen der preussischen Verfassung auf die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze keine Anwendung finden sollen. Insbesondere sollen gegen diese Gesetze Volksbegehren (Art. 6 der preussischen Verfassung) nicht eingeleitet

werden dürfen. Auch werden die Verfassungsbestimmungen von der Einwirkung auf die Gesetzgebung der Staatsregierung ausgeschlossen, die sich auf die Beteiligung des Landtags an der Gesetzgebung beziehen. Weiter wird das Staatsministerium von der Verpflichtung befreit, vor Einbringung von Gesetzesvorlagen den Staatsrat gutachtlich zu hören. Dem Staatsrat wird die Ermächtigung entzogen (Art. 40 Abs. 3), Gesetzesvorlagen durch das Staatsministerium an den Landtag zu bringen. Auch beim Erlass von Ausführungsvorschriften zu Reichs- oder Staatsgesetzen braucht die Regierung nach der Ermächtigung den Staatsrat nicht mehr zu hören. Ebenfalls hat der Staatsrat kein Einspruchsrecht gegen von der Regierung beschlossene Gesetze. Schließlich werden die Art. 60 bis 62 der preussischen Verfassung von der Einwirkung auf die von der Regierung beschlossenen Gesetze ausgeschlossen. Es handelt sich dabei um die Vorschriften, wonach Gesetze nur mit Zustimmung des Landtages verkündet werden dürfen usw. Das preussische Ermächtigungsgesetz, das bereits mit seiner Verkündung in Kraft treten soll, soll mit Ablauf der laufenden Wahlperiode des Landtages, spätestens mit dem 1. April 1937, wieder außer Kraft treten.

Luftschutzwachter in allen Schulen

Berlin, 18. Mai. Zwischen dem Luftfahrtministerium und den Kultusministerien der deutschen Länder schweben, wie das WDZ-Büro meldet, zurzeit Verhandlungen über die Einführung eines obligatorischen Luftschutzwachters in allen deutschen Schulen. In einzelnen Schulen wird gegenwärtig bereits ein derartiger Unterricht erteilt. Das geschieht aber nur

auf die Initiative einzelner Schulleiter hin. Das Ziel der Verhandlungen des Reiches mit den Ländern ist nun, die Unterweisung der Jugend in die Gefahren des Luftkrieges und im Verhalten bei Luftangriffen in den Lehrplan aller deutschen Schulen aufzunehmen. Dabei dürfte es sich sowohl um theoretische Aufklärung wie auch um praktische Übungen handeln, die etwa im Anschluß an Turnunterricht stattfinden könnten.

Noch keine Entscheidung über die Befegung des Bischofsstuhls zu Münster

Berlin, 18. Mai. Ueber die Befegung des bischöflichen Stuhls zu Münster ist in Blättermeldungen berichtet worden, daß Domkapitular Häußers, Berlin, nunmehr zum Bischof von Münster ernannt worden sei. Wie der Katholische Nachrichtendienst des Konfessionsbüros hierzu von besonderer Seite erfährt, eilen diese Meldungen zumindest den Tatsachen voraus. Die Entscheidung über die Befegung des bischöflichen Stuhls zu Münster ist noch nicht gefallen.

Der Abschluß des russisch-französischen Nichtangriffspaktes

Paris, 18. Mai. Die Kammer hat heute nachmittag die Debatte über den Gesetzentwurf, durch den sie ihre Befriedigung über den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes ausdrücklich betont und erklärt, daß dieser Vertrag zu gemeinsamem Nutzen Europas die Organisation des Friedens verfestigt, durch Annahme dieses Entschlussesentwurfes mit allen 52 abgegebenen Stimmen abgeschlossen. Etwas 80 Abgeordnete haben sich der Stimmabgabe enthalten. Gegen Schluß der Debatte begrüßte Außenminister Paul Boncour den Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes und erklärte, Frankreichs Politik bestehe darin, seine Bündnisse zu erweitern, ohne jemals auf die früher abgeschlossenen Bündnisse zu verzichten.

Die Arbeiten des Genfer Effektivausschusses

Genf, 18. Mai. Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute in seinem technischen Kommissariat die Einzelunterlegung über die vorläufige Ausarbeitung fortgesetzt. Es wurde u. a. die Frage der Solos in der Tschechoslowakei beraten. Ein Antrag, der diese Formationen gleichzeitig bei der Effektivstärke der tschechoslowakischen Armee in Anrechnung bringen wollte, ist vom Ausschuss fast einstimmig abgelehnt worden. Der deutsche Delegierte hat sich der Stimme enthalten.

Die „Volksstimme“ u. Berliner Arbeiterbank

In einer nationalsozialistischen Versammlung in der Messehalle am Sonnabend hatte sich der Gauleiter Forster mit den Vorgängen befaßt, die zur Übernahme des Gewerkschaftsgebäudes der Freien Gewerkschaften geführt hatten. Zu den Ausführungen, die er im Zusammenhang hiermit über die finanziellen Verpflichtungen der „Danziger Volksstimme“ gemacht hat, veröffentlicht die „Volksstimme“ in ihrer gestrigen Ausgabe

eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Zur Finanzierung ihres Neubaus und zur Anschaffung modernster Maschinen nahm die „Danziger Volksstimme“ vor einiger Zeit bei der Arbeiterbank in Berlin ein Darlehen in Höhe von 50 000 Mk. auf, das ordnungsgemäß zurückgezahlt wurde. Zur Anschaffung weiterer Maschinen wurde dann ein neues Darlehen aufgenommen, für dessen Rückzahlung Fristen vereinbart wurden. Anfang Mai teilte die Arbeiterbank der „Danziger Volksstimme“ noch mit, daß alles in Ordnung sei und die nächste Ratenzahlung Ende Mai erwartet werde. Wenige Tage später hatten die Nazis die Arbeiterbank in Berlin besetzt und auch das Konto der „Danziger Volksstimme“ gefunden. Die neue Nazileitung der Arbeiterbank forderte sofortige Rückzahlung der gesamten Summe. Zugleich hat die Nazileitung der Arbeiterbank ihre Forderungen gegen die „Danziger Volksstimme“ Forster übertragen. Forster fordert nun von der „Volksstimme“ die sofortige Zahlung der Gesamtsumme. Willig zu unrecht, da durch das Schreiben von Anfang Mai die Arbeiterbank ausdrücklich festgestellt, daß die nächste Ratenzahlung erst Ende Mai fällig ist.

Jedem, der den Nazi Forster die eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß aus den Räumen der „Danziger Volksstimme“ eine Schreibmaschine fortgeschafft worden sei, in der Absicht, die Forderung der Nazis an die „Danziger Volksstimme“ in Frage zu stellen. Die eidesstattliche Versicherung ist falsch, sämtliche Schreibmaschinen sind im Betrieb vorhanden. Aber auf Grund dieser eidesstattlichen Versicherung ist gegen die „Volksstimme“ ein Arrest herausgebracht. Die einen hohen Wert repräsentierenden Maschinen der „Danziger Volksstimme“ sind von einem Gerichtsvollzieher mit Arrest belegt worden, doch mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß der Betrieb ununterbrochen seinen Fortgang nimmt. Lediglich zur Sicherung der Naziforderung ist der Arrest angebracht. Dabei ist die „Forderung“ des Herrn Forster, die er nach der „Übernahme“ der Arbeiterbank durch die Nazis für sich zu erheben zu können glaubt (!) Klein im Verhältnis zu den Werten, die vorhanden sind.

Der Betrieb geht weiter und die „Danziger Volksstimme“ wird nach wie vor erscheinen. Gegen die Maßnahmen der Nazis sind sofort die entsprechenden gerichtlichen Schritte unternommen worden. Sie werden zweifellos zur Aufhebung des Arrestes führen, da eine wirtschaftliche Notwendigkeit für ihn nicht vorhanden ist, sondern lediglich politische Motive, und zwar das Bestreben, die „Volksstimme“ abzuwürgen.“

Franz und seine beiden Frauen

Unter der Anlage der Doppelheute vor den Strafrichtern.

Es war im Jahre 1910, als im Dorfe Weishe im damaligen russisch-Polen, der 18 Jahre alte Franz Wigalny und die fünf Jahre ältere Jungfrau Marianne Gostaja im elterlichen Hause miteinander den Bund der Ehe schlossen. Man erzählt sich, daß sie das nicht aus freien Stücken taten, daß man sie für einander bestimmte, wie man zwei Tiere zu einander tut. Wie man sagt, hatten sich die Eltern der beiden jungen Menschenfinder gegenseitig Geld geliehen — und so trugen sie die gegenseitige Schuld ab, indem sie ihre Kinder miteinander verheirateten.

Dem 18-jährigen Franz wurde die ganze Heiratgeschichte überhaupt nicht so recht klar, die Eltern sagten ihm: du heiratest die Marianne vom alten Gostaja, nach weiterem hast du nicht zu fragen. Und Franz fragte auch nicht weiter nach Wie und Warum, er fand sich barein.

Nach der Hochzeit kehrte er wieder ins elterliche Heim zurück, pflegte die Felder und mistete die Ställe aus; um seine Frau kümmerte er sich herzlich wenig und sie tat desgleichen.

Im Jahre 1913 wurde Franz russischer Soldat und rückte in den Tagen des August 1914 als einer von den Hunderttausenden der russischen Dampfwalze in Ostpreußen ein. Ihm war der Krieg noch nicht so recht zum Bewußtsein gekommen, da geriet er schon in deutsche Gefangenschaft. Franz kam als Knecht auf den Hof eines Weisers in Quadenborf im Danziger Werder. Ihm gefiel es dort ganz ausgezeichnet; um Frau und Eltern scherte er sich den — —, die saßen in Rußland, und Rußland ist weit.

Franz wollte schließlich auch nicht ganz die Liebe missen, ihm gefiel schon lange eine Quadenborfer Dirn, und als der Großkrieg zu Ende war, da eckte er sich das ausersehene Weisen zum Weibe.

Und nun nach 14 Jahren kam es an den Tag, daß Franz schon einmal in Rußland verheiratet war; er war also ohne die erste Geliebte zu haben eine zweite Ehe eingegangen. Das Gesetz stellte sich ihm in den Weg, der Staat klagte ihn der Doppelheute an.

Franz mußte sich deshalb gestern vor der ersten großen Strafkammer, der Landgerichtsdirektor Dr. Baumann vorlag, wegen Verstoßens gegen den § 171 des St. O. B. (Wigamie) verantworten. Franz erklärte, daß ihm es damals in Rußland gar nicht zum Bewußtsein gekommen sei, daß er eine Ehe eingegangen war, er sei damals gerade erst 18 Jahre alt gewesen, hätte auch niemals mit seiner Frau zusammengelebt, und er habe schließlich überhaupt nicht mehr an die Gültigkeit dieser Ehe geglaubt. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß Franz trotz seiner damaligen Jugend gewußt haben muß, daß er eine Ehe einging, zu der auch nicht körperlich gezwungen worden sei. Es verurteilte Franz zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis und gewährte ihm Strafaussetzung bis zum 1. Juni 1936, b.

Zusammenschluß der lutherischen Landeskirchen Deutschlands

Einführung eines Direktoriums.

Berlin, 18. Mai. Der Evangelische Presbiterien teilt mit: Ein bedeutsamer Schritt zur kommenden Kirchengemeinschaft ist geschehen. Die sämtlichen evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands haben sich zusammengeschlossen. Der Zusammenschluß ist, wie der Evangelische Presbiterien erfährt, auf der Grundlage des folgenden Statutes vollzogen worden:

§ 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der werdenden deutschen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Zukünftigkeit der einzelnen Kirchen im übrigen.

§ 2. Zur Wahrung der im § 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bestellen.

§ 3. Im Rahmen der Zwecke des § 1 ist das Direktorium zuständig: 1. zur Vertretung der Landeskirchen, 2. zur Aufstellung allgemeinen Grundsätze für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

In das Direktorium wurden die Vertreter der bayerischen, der württembergischen, der thüringischen, der sächsischen, der hannoverschen und der schleswig-holsteinischen Kirchen gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Landesbischof D. Meiser in München bestellt.

Reichsminister Dr. Goebbels über den deutschen Film

Berlin. In einer Massenversammlung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Fachgruppe 10, in den Tennisbahnen sprach Donnerstagabend Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels über den Film. Er führte etwa aus: Wie alle Gebiete der öffentlichen Betätigung kann auch der Film sich der geistigen und politischen Umwälzung der deutschen Revolution nicht entziehen. Wir wollen der deutschen Kunst eine neue Lebensbasis schaffen.

Wir wollen nicht in die innere Gefangenschaft der Kunst eingreifen, sondern der künstlerischen Betätigung freie Entfaltung gewähren,

damit sie die künftige Dinerin und Förderin menschlichen Geistes- und Gemütslebens sein kann. Der heutige Film ist größtenteils nicht Kunst, sondern bloßester Gesellschaftsflüß.

Der Minister erklärte weiter, er werde in Kürze mit einem großzügigen Finanzierungsprojekt für die Aufarbeitung der deutschen Filmwirtschaft sorgen. Der künftige Film müsse typisch deutsches Leben zur Darstellung bringen. Der deutsche Film müsse sein eigenes Gesicht bekommen und sich nicht mehr in einer blinden und geistlosen Nachahmung ausländischer Beispiele bewegen.

Die Angestelltenkämpfe

Berlin, 18. Mai. Der vom Reichskanzler und Schirmherrn der deutschen Arbeitsfront Adolf Hitler ernannte Führer der Angestelltenkämpfe innerhalb der deutschen Arbeitsfront, Gauleiter Albert Forster, hatte für heute vormittag die Vertreter aller deutschen Angestelltenverbände nach Berlin zusammenberufen. Forster schilderte den bisherigen Zustand in der Arbeitnehmerbewegung unter politischem Gesichtswinkel und gab sodann in großen Zügen einen Überblick über das Ziel des gewerkschaftlichen Neubaus und die organisatorische Durchführung. Die gesamte Angestelltenkämpfe Deutschlands werde in der Nationalsozialistischen Angestelltenkämpfe zusammengefaßt. An Stelle der bisher mehr als 100 Angestelltenverbände treten neun Berufsverbände, von denen einer alle weiblichen Angestellten ohne Ausnahme umfasse, im übrigen finde aber eine Gliederung nach Berufen statt. Jüdische Angestellte könnten den Verbänden nicht beitreten. An Stelle des demokratisch-parlamentarischen Organisationsprinzips im inneren Aufbau trete das nationalsozialistische Führungsprinzip. Zum Schluß wurden die von Forster ernannten kommissarischen Verbandsführer bekanntgegeben.

Ein Kommentar des Staatsdepartements zur Rooseveltbotschaft

Washington, 18. Mai. Im Staatsdepartement wurde zu Roosevelts Botschaft erklärt, die amerikanische Regierung sei bereit, sich durch Verträge zu verpflichten, alle Angriffswaffen aufzugeben, im Falle eines Angriffskrieges an einer Art von Weltgerichtshof teilzunehmen und auf die Entsendung von Truppen außerhalb ihrer Landesgrenzen zu verzichten. Die Größe des Entschlusses könne durch die halbamtlichen Beschwichtigungsversuche nicht verkleinert werden, die das Weiße Haus gestern Abend unternommen habe, weil Hearst in seinem bekanntem antlagenben und verurteilenden Stil wieder einmal Amerikas Untergang prophezeit und einen scharfen Artikel gegen „Amerikas Verstrickung in die europäischen Intrigen“ verfaßt habe.

Präsident Roosevelt sei, wie Reichskanzler Adolf Hitler zurechtend ausgeführt habe, vollkommen bereit, den ganzen Einfluß Amerikas gegen den Ausbruch von Feindseligkeiten in Europa geltend zu machen, obwohl der Ausdruck „Garantie“ des Weltfriedens mit Rücksicht auf die Heersprelle auf gewisse Deixars und auf die Fokierungsanaktter im Bundesenat peinlichst vermieden werden solle.

Die Antwort des Reichspräsidenten an Präsidenten Roosevelt

WED. Berlin, 18. Mai. Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Präsidenten Roosevelt gerichtet: „Mit aufrichtigem Danke bestätige ich den Empfang Ihrer mir telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Rundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Befriedung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starken Widerhall gefunden. Die Erklärungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit einmütiger Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beweisen, daß Deutschland gewillt ist, an der Ueberwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart mitzuwirken.“

Eine jüdische Petition an den Völkerbund

Dr. Genf. Wie das „Journal Genève“ mitteilt, hat eine jüdische Delegation dem Direktor der Völkerbundesabteilung des Völkerbundessekretariats eine Petition überreicht, die sich gegen die deutsche Regierung und gegen Verwaltungsmaßnahmen wendet, durch die das deutsche Judentum zurückgesetzt ist.

Ein jüdischer Vertreter aus Oberösterreich überreichte ferner eine weitere Petition, die sich in ihrer Begründung auf Artikel 47 der Genfer Konvention stützt. Es wird behauptet, Deutschland habe diese Konvention durch die Behandlung des Judentums verletzt. Daß es sich bei der genannten Konvention um eine rein polnisch-deutsche Angelegenheit handelt und daß die deutsche Gesetzgebung, soweit dadurch das Judentum berührt wird, eine innerdeutsche Angelegenheit ist, liegt auf der Hand. Die jüdische Vertretung ist also zur Einreichung ihrer Klage nicht aktiv legitimiert.

Erwerbslose Parteigenossen sollen eingestellt werden

Berlin, 18. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Rube eine Sitzung ab. Rube sprach zunächst ausführlich über die politische Entwicklung der letzten Monate und die sich abzeichnende Politik in Preußen. Im Anschluß daran gab er die Beschlüsse des Fraktionsvorstandes bekannt. Wie das WDZ-Büro meldet, hat der Fraktionsvorstand einen Aufruf erlassen, in dem allen Fraktionsmitgliedern die Aufgabe gestellt wird, bis zum 15. Juli alle erwerbslosen Parteigenossen von der Mitgliedsnummer 1—100 000 in die Arbeit einzureihen. Jeder Abgeordnete wird verpflichtet, seine Kraft und Energie dafür einzusetzen, daß diese erwerbslosen Parteigenossen sofort in angemessener Weise Beschäftigung erhalten. Zu diesem Zweck werden gleichzeitig alle erwerbslosen Parteigenossen innerhalb der genannten Mitgliedsnummer aufgefordert, sich bei ihren zuständigen preussischen Gauleitungen schriftlich zu melden. Rube unterließ zum Schluß die Ausführungen Adolf Hitlers in einer früheren Tagung, daß er das Recht, Führer der Nationalsozialisten zu sein, viel höher einschätze als das Kanzleramt. In diesem Sinne, so betonte der Fraktionsführer, sollen sich auch die Mitglieder der

Langfuhrs Wähler halten die Treue!

Große Zentrumskundgebung im überfüllten Saale von Kresin
Pfarrer Jeditke und Dr. Stachnit als Redner.

Der Wahlkampf in Danzig ist in vollem Umfange entbrannt. Die Parteien haben die Waffen aufgenommen, um nun mit dem Einsatz der letzten Mittel, ihre Ideen zu verteidigen, für sie zu werben und ihre Anhänger mit einem neuen festen Band der Zugehörigkeit und Treue zu umschlingen. Auch unsere Zentrumsgruppe steht wieder inmitten des lärmenden Ringens um die Wähler. Überall überfüllte Zentrumsversammlungen, überall begeisterte Männer und Frauen, begeistert für die großen hehren Aufgaben unserer Partei, begeistert für die einstigen großen Kanzler und Führer Brüning, begeistert Anhänger seiner Politik. Man mag kommen wohin man will, in die Stadt, in die Vororte oder auf das Land,

überall das gleiche Bild:

Überfüllte Zentrumsversammlungen, tausende und aber tausende von hoffnungsfrohen und zuversichtlichen Zentrumsmitgliedern und -frauen, überall frische, unerlebte Begegnungen mit den Aufgaben und Zielen unserer Partei, auf den Lippen aller die stolze Parole: „Mit dem Zentrum für ein freies, deutsches Danzig!“

Wer am vergangenen Sonntag die große Kundgebung in der Sporthalle miterleben durfte, dem es war ein einzigartiges, unvergessliches Erlebnis, oder wer Mittwoch an der politischen Kundgebung der vereinigten Zentrumsbezirke Langfuhrs im großen Saale des Kresinschen Lotales teilnahm, der wird sich wahrlich gesagt haben, gesagt haben müssen: Am unsere Sache steht es nicht schlecht, kann es nicht schlecht stehen, wenn tausende von katholischen Männern und Frauen treu zu ihrer Partei und ihrem Führer stehen. So mancher wird sich wohl der Augenblicke gesichert haben, da er zweifelnd den Kopf hängen ließ und sich resigniert die Frage vorlegte, ob er denn nicht auf verlorenem Posten stehe. Nein und abermals nein! Wer das glaubt oder geglaubt hat, der gehe nur einmal in eine Zentrumsversammlung; der Lebens- und Kampfesmut, der dort herrscht, wird ihm zweierlei mitgeben: die Zusage auf den Sieg unserer Sache, den Glauben an die Wahrheit unserer katholischen Weltanschauung.

Dieser Lebens- und Kampfesmut erfüllte auch Herz und Sinn der meisten Männer und Frauen, die sich Mittwoch in Langfuhr zu der politischen Kundgebung der vier Langfuhrer Zentrumsbezirke einfanden, zu einer Kundgebung, die sich zu

einem begeisterten Treuebekenntnis zu Volk und Staat gipelte. Lebens- und Kampfesmut, Zuversicht und Treue, wenn die zu Eigen sind, der braucht wirklich nicht zu bangen um den Sieg.

Pfarrer Jeditke,

umgeben von zahlreichen Windthorst-Bannern, sprach zu den Zentrumsmitgliedern und -frauen Langfuhrs, sprach von den vier schweren Jahren des letzten Krieges, schilderte die Not und das Elend, die über das ausgehungerte deutsche Volk hereinbrachen, aufgewühlt und aufgeschreckt von Revolution und Bolschewismus.

Der Redner sprach dann von dem Bekenntnis der deutschen katholischen Frau, der das höchste Verdienst zukommt, das Geistes- einer Terrorherrschaft eines ziellosen Bolschewismus mit abgewehrt zu haben, sprach von dem heldenmütigen und verzweiferten Kampf der damaligen führenden Zentrumsmitglieder, die retteten, was noch zu retten war an kulturellen und religiösen Gütern des deutschen Volkes, die wenigstens da in die Speichen griffen, wo der Staatswagen abzustürzen drohte, wenn sie ihn auch niemals allein führen konnten.

Und weiter:

Die Gottlosenbewegung ist nicht erst nach dem Kriege, in den 14 Jahren des sogenannten „Systems“ entstanden,

nein, ihre Wurzeln reichen weiter zurück, zurück in die Jahre des Liberalismus und Freidenkertums, in die Zeit, wo ein Hädel glaubte die Völkergemeinschaft propagieren zu müssen. Unser armes Volk muß jetzt unter dem Polizeiknüppel die Suppe aussieken, die sogenannte gelehrte Professoren eingebracht haben.

Von dem Wirken der Zentrumsgruppe sprach dann Pfarrer Jeditke, von schwerer, verantwortungsvoller Arbeit in den Jahren nach dem großen Kriege, da unser Volk vor dem völligen Ruin stand, von der Arbeit um Erneuerung von wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Gütern, von der Arbeit, die christliche, nationale Arbeiter herangebildet, denen es zu verdanken ist, daß der Franzmann wieder heraus mußte aus dem Ruhrgebiet. Sprach dann von den Aufgaben der Zentrumsgruppe in den gegenwärtigen Tagen, von den Aufgaben, die darin liegen, für die Rechte und Freiheit

Danzigs einzutreten und mitzubauen an der Erneuerung von Volk und Staat.

Der Landesführer Dr. Stachnit

ergriff dann ebenfalls das Wort. Sprach von der Größe und Schwere unserer Aufgaben in diesem Wahlkampf und weiter in der Zukunft. Es gelte jetzt, eine letzte Entscheidung herbeizuführen, um die die Zentrumsgruppe nicht zu bangen brauchte. Sie habe das Führerproblem nicht zu lösen brauchen, weil Führer und Gefolgschaft durch lange Jahre treu zueinander gestanden sind nach dem hehren Grundsatz: Treue um Treue. Wir könnten der Ueberzeugung sein, daß die Zentrumsgruppe gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgehen werde.

Windthorst-Bund-Führer Riedel rief dann ebenfalls noch in kurzen Worten Jugend und Alter zum Kampfe auf für die Ideen der Zentrumsgruppe.

Die Versammlung, die den Rednern mit starkem Beifall dankte, nahm zum Schluß noch folgende

Entscheidung

an: Die vereinigten Bezirke Langfuhrs der Zentrumsgruppe freie Stadt Danzig bitten den Senat, anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Erschießung Schlageters am 26. Mai d. J. eine Straße in Langfuhr Albert Schlageter-Straße zu benennen.

Das Deutschlandlied bildete den Abschluß dieser Kundgebung, die zu einem begeisterten Treuebekenntnis wurde zur Zentrumsgruppe und unserer katholischen Weltanschauung, zu einem Bekenntnis zu Brüning und seiner Politik, zu einem Bekenntnis zu Volk und Staat.

Der Danziger „Stahlhelm“ als selbständiger Gau.

Eine Anordnung des Stahlhelmführers Selbte.

Der „Stahlhelm“ übermittelt uns eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

Der Bundesführer des „Stahlhelm“ B.d.G. hat folgenden Befehl erlassen: „Hiermit erhebe ich den Gau Danzig, bisher dem Landesverband Ostpreußen unterstellt, zum selbständigen Gau und verleihe dem Gau, Kameraden Burandt, die Amtsbezeichnung Landesführer. Ich weiß, daß diese Anerkennung den Danziger Kameraden ein Ansporn zu weiterem freudigem Eifer in ihrer schwierigen Arbeit für einen der wichtigsten deutschen Grenzposten sein wird.“ In Ausführung dieses Befehls ist also der Gau Danzig dem Bundesführer Franz Selbte unmittelbar unterstellt.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Gau Danzig nach wie vor den Befehlen des Bundesführers unterworfen ist. Der Gau erkennt die oberste Führung durch Adolf Hitler voll an, er hat unbedingtes Vertrauen zu seinen Führern, einschl. Adolf Hitlers, er will nicht die Macht im Staat, sondern den mächtvollen Staat durch straffe Führung und echte Volksgemeinschaft.

Die reichsdeutschen Bankoberbeamten in Danzig.

Die Vereinigung der Oberbeamten im Bankgewerbe Deutschlands hielt, wie bereits mitgeteilt, in Ausführung eines im vergangenen Jahre aus Gründen nationaler Verbundenheit mit dem deutschen Danzig gefassten Beschlusses ihre diesjährige Hauptversammlung am 13. Mai in Danzig ab.

Diese Vereinigung ist im Jahre 1919 nach der November-Revolution im antimarkistischen Abwehrkampf gegen die gleichmachenden Strömungen zur Erhaltung der geistig-ethischen Stellung des arbeitstüchtigen Bankbeamten gegründet worden. Sie ist die alleinige Vertretung aller arbeitstüchtigen Angestellten im Bankgewerbe. Im ständigen Aufbau hat sie sich der Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten) als ihrer Spitzenorganisation angeschlossen.

Aus dem Werder.

Einen seltenen Fund machte dieser Tage Landwirt Heidebrecht in Platenhof. Als er in die Scheune ging, entdeckte er plötzlich einen Fuchs im Scheunensack. Da die Versuche, ihn lebend einzufangen, fehlschlagen, mußte Reinke — es war eine Gabe — wohl oder übel sein Leben lassen. Bald wurde auch der ganze Wurf gefunden, der aus neun niedlichen Fuchskleinen bestand. Sie wurden nach dem Schützenhausgarten in Platenhof gebracht.

Bei der in der Generalversammlung erfolgten Neuwahl des Vorstandes der Fischereigenossenschaft Stuba sind auf die statutenmäßige dreijährige Wahlzeit gewählt bzw. wiedergewählt worden: Vorsitzender Emil Gründemann in Stuba zum stellvertretenden, Vorsitzender Heinrich Penner in Stuba zum stellvertretenden, Vorsitzender Erich Jochim in Stuba zum stellvertretenden, Vorsitzender Walter Epp aus Groß-Delewitz zum stellvertretenden, Vorsitzender der Danziger Kameraden des Amtsbezirks Delewitz bestellt worden. — Der Vorsitzende Erich Jochim und der Arbeiter Martin Wolff aus Trampenau sowie der Postmann Johann Hirschfeld aus Veste sind als Familienräter in den Schulvorstand der Schule in Trampenau gewählt worden.

12⁵⁰

Braun echt Box calf-Herrenhalbschuh

12⁴⁵

Braun Box calf und Kroko

13⁴⁵

Braun Box calf und Kroko

11⁴⁵

Braun Box calf und Kroko

Werner

Danzig Langfuhr Zoppot

Unsere Auswahl
in Frühjahrsschuhen
ist riesengroß!

Jeden Tag
gehen bei uns Neuheiten
ein.

Wir verkaufen Pfingstfreude!

Oder ist es etwas anderes, wenn Sie bei uns zu derart be-
geistert niedrigen
Preisen Schuhe kau-
fen können, die Sie
jung frisch und mo-
disch aussehen lassen

Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!)

(14)

Diesen Gütern, geübt und auf unrechtmäßige Weise erprobt in Kaufereien, griff Gabriel an. Ringen ent- stand, es war, als ob die Stämme zweier Bäume den Wahn des Stillstehens gebrochen und zu lebendigem Kampfe bewegungsfähig geworden wären. Der auf der Straße eishart gewordene Boden erdröhnte unter der stampfenden, halt verlangenden Wucht der Schritte; Schnee fläute auf, feuchter Atem floss mit wehenden Nebelfäden durch die Luft. Wenn die Gegner Umfassungen lösten und nach neuen Griffen suchten, flachte es laut. So hart schlugen die Arme auf den Feind, so fest krallten sich Finger ein.

Sonderbares geschah. Der Lärm verhallte. Die Menge stante zurück, die Aufmerksamkeit der Rärmen- den wandte sich von dem Schlitten ab und richtete sich allein auf den innermarkten Zweikampf, den Gabriel zu seinen Gunsten entscheiden konnte.

Als er den Hockfänger zu Boden geschmettert hatte, bestieg er, als ob nichts vorgefallen wäre, den Führer- stuhl, zog sich die wollene Decke über die Knie, rückte sich die Mütze zurecht und ermunterte die Pferde.

Mit einem herrlichen „Los Vieje, los Brauner“, zogen die Gütle an und erreichten rasch das Ende der Gefährzone. Kein Knäppel wurde mehr geschleudert, kein Schellen oder Schimpfen gelte nach.

„Wie kamst du auf die Idee, mit dem Kauler anzubinden?“

„In Gells Sippigkeit, in der Bande, die sich ver-

sammelt hatte, uns einen verhängnisvollen Streich zu spielen, bildete er die körperliche Führerschaft der in Angriff gesetzten Fellen. Zudem geht eine alte Wette um, ob er stärker wäre, oder ich. Die Entscheidung mußte Interesse erwecken, trotzdem ich mich seit Jahren nicht mehr in dem Ehrgeiz gefiel, stark zu sein. Ich bin kein Jüngling mehr.“

„Wenn du auf den Erler gedrungen wärst?“

„Wäre ihm die erlauchte Gesellschaft zu Hilfe ge- eilt, denn sie dürfte mit Belohnung rechnen. Zudem — ich mich mit Gell treffen? Nie — dachte überhaupt nicht, daß ich jemals eine derartige Auseinander- setzung notwendig hätte.“

„Sagt ihr, wie der Söffter im Hintergrunde blieb?“

fragte der Jäger.

Keine Antwort erscholl. Man besann sich auf den Ernst der Fahrt und wurde schweigsam.

In Meiningen angekommen, unternahmen die Halber alle möglichen Schritte. Gegen die mittler- weile auch vom Staatsanwalt getroffene Anordnung, Karl in Untersuchungshaft zu nehmen, half aber keine Einwendung, keine Versicherung der Unschuld und kein Schwur.

Die Brüder mußten sich in das Unvermeidliche fügen.

Als Gabriel am Abend spät nach Hause kam, hörte er, daß Gell auf dem Hofe war und sein Mädel mit- genommen hatte. Das Mädel wollte nicht folgen, hätte sich aber seinem Zwange beugen müssen.

Einsam kam sich der Halber vor. Der Bruder ver- hafte, die Mutter tot, Knechte und Mägde mürrisch, und kein Mensch um ihn, der ihm ein Wort der Milde und der Zuversicht gependet hatte. Grau und düster die Schattenheere der Nacht, grau und düster die Stimmung, in der er sich befand, und grau und düster das Walten einer unerforschlichen Fügung, die grau- sam mit ihm und seinen Verwandten gespielt hatte.

Am nächsten Morgen hatte Gabriel einer Holzver- feigerung beizuhelfen und Vorkahrungen zum Begräb- nis treffen müssen. Er betraute aber mit der einen Aufgabe Philipp, mit der anderen den Großknecht, und ritt selbst zum Pflerhof hinüber. Mit seiner Braut wollte er sprechen und sich die Erquickung ihres Ver- leids und Mitleids schenken. So verkehrt war sein Ich, so zermürbt und so von Schmerzen durchdrungen. Er ersahnte den Gruß der Geliebten und war ent- täuscht, als Mutter Bellig ihm sagte, daß ihre Tochter verheiratet sei.

„Verheiratet?“ fragte er bestürzt.

„Gestern Abend kam ein Telegramm von meiner Schwester. Sie ist krank geworden und bedarf der Hilfe. Ihr Mann ist Postbeamter in Jena. Vier Kin- der sind da. Zuerst wollten wir Margot nicht gehen lassen, nach einiger Ueberlegung aber sandten wir sie doch. Deine Mutter ist gestorben, Gabriel, und eigentlich hätte sie bei der Beerdigung dabei sein müssen, trotzdem — —“

„Bei der Beerdigung dabei sein müssen“, wieder- holte der Halber und wurde von neuem Leid erfüllt. Allein wegen der Beerdigung sollte Margot hier bleiben? Nicht seinem wegen, nicht deswegen, weil ge- rade er in den Tagen der Trauer und der schrecklichen Not um des Bruders Bedrängnis das Bezeugen einer tiefen Fürsorge notwendig hatte? Nicht ihres Bräu- tigams wegen, grübelte er nach.

„Ja — wegen der Beerdigung. Es wäre vorteil- haft gewesen, wenn sie sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male öffentlich mit dir gezeigt hätte. Das ist jetzt unmöglich. Sie mußte weg, Bungenentzündung oder Rippenfellreizung, um eine solche Krankheit muß sie sich bei meiner Schwester handeln. Na — Jena ist nicht weit. Vielleicht besuchst du sie. Es soll allerhand los sein. In dieser Stadt. Wo Studenten sind, ist es immer lustig.“

„Immer lustig“, sagte Gabriel tonlos. Es war ihm widerlich, sich vorzustellen, fröhlich zu sein. Als ob es das überhaupt gäbe. Lustig — fröhlich — ausgelassen. Das war für andere Menschen da. Für ihn nicht. Für ihn war Trübsal das einzige.

„Es schadet nichts, wenn du die Familie kennen- lernst. Schulzens, zu denen Margot ist, sind nette Leute. Sie hat es gut bei ihnen und ist vortrefflich aufgehoben.“

„Das beruhigt“, gab der Halber eine ausweichende Antwort und schritt hinaus.

Stand er vor neuen Rätseln? War auch hier ein Fluch aufgesprungen, der ihm tödlich zu werden drohte?

Als er in den Stall ging, um das fohlen erst ein- gestellte und abgeäumte Pferd wieder zu füttern, winkte ihm Bellig aus der Scheune zu.

„Warte, Gabriel, ich komme gleich“, rief er leise und geheimnisvoll. Bin am Eingipfen von Haken. Das Zeug trocknet ein, wenn ich es nicht sofort ver- schmiere.“

Der Halber wartete. Schließlich kam Bellig an und verlangte zu wissen:

„Was hat dir meine Frau gesagt?“

„Gefragt?“

„Sie muß doch Gründe dafür angegeben haben, daß Margot verschwunden ist.“

„Ihre Schwester wäre krank.“

„Wäre? Die fällt sich gesunder als du und ich.“

„Wie?“

„Nichts als Frauenlist. Das lernst du noch mal.“

„Ich verleihe dich nicht.“

„Du — Gabriel — ich besitze zu viel Achtung vor dir, um dich mit einer Lüge anfallen zu können. Du kennst deine Schwiegermutter nicht. Sie ist eine Rechtschaffene und eine von den Weibern, die einen kleinen Trick haben.“ (Fortsetzung folgt.)

Große Zentrumskundgebung in Zoppot

Pfarrer Fedtke spricht im dichtgefüllten roten Kurhausaal.

Die gestrige Kundgebung des Zoppoter Zentrumsbezirks gestaltete sich zu einem glänzenden, in diesem Ausmaß nicht vorausgesehenen Erfolge für unsere Zentrumsjahre. Zoppot zählt bekanntlich von jeher zu den Hochburgen unserer Partei, die hier seit dem letzten Wahlkampf zahlenmäßig an der Spitze sämtlicher Parteien marschiert. Wenn die Anzeichen nicht täuschen, kann in diesem Wahlkampf mit gutem Grunde mit einem weiteren Anwachsen der Zentrumstimmen in Zoppot gerechnet werden, denn auch hier herrscht, wie sich aus dem Verlauf der gestrigen Versammlung überzeugend ergab, eine außerordentlich gute Stimmung. Der Name des angekündigten Redners hatte keine Zugkraft nicht verfehlt. Der Rote Kurhausaal, in dem die Versammlung stattfand, erwies sich als fast zu klein, um die Menge der erschienenen Zentrumswähler aufzunehmen. Saal und Logen waren dicht gefüllt; bis zu Beginn der Veranstaltung herrschte ein fast ununterbrochenes Kommen, so daß sich schließlich mehrere Hunderte von Besuchern mit Stehplätzen begnügen mußten. Wir verzeichnen diese Tatsachen mit um so größerer Genugtuung, als sie mit aller Deutlichkeit dartun, daß nach der Einigung beider Zentrumsgruppen in Zoppot für den geschlossenen und tatkräftigen Einsatz unserer Parteitarbeit auch hier alle Voraussetzungen in bester Weise erfüllt sind. Der Dank hierfür gebührt mit in erster Linie dem neuen Zoppoter Bezirksvorstand, der unter Leitung von Schulrat Weiß in der kurzen Zeit seit seiner Wahl eine intensive Werbearbeit im dortigen Bezirk entfaltet hat.

Schulrat Weiß, der die Versammlung leitete, brachte in seinen Begrüßungsworten seine Freude über den außerordentlich großen Besuch der Versammlung

aus. Sein besonderer Gruß galt der Jugend, die mit schwarzweißroten und Windhorst-Bannern bei der Veranstaltung vertreten war und durch ihre Mitwirkung den aktivistischen Geist dieser Kundgebung wirkungsvoll unterstrich. Der Prolog eines Windhorstbündlers und ein ergott vorgetragener Sprecher des Windhorstbundes leitete dann zu der feierlichen

Fahnenübergabe an die Zoppoter Gruppe des Bundes über. Schulrat Weiß richtete bei dieser Gelegenheit einige besondere Worte an die Jugend und betonte hierbei die Mahnung zur Treue gegenüber den alten bewährten Prinzipien der Zentrumspartei, für: Wahrheit, Freiheit, Recht. Brausender Beifall folgte den Worten des Zentrumsführers, in dessen Hände im Namen des Windhorstbundes Jungführer Lieble das Gelübnis der Treue ablegte.

Stimmungsbegrüßte dann Pfarrer Fedtke das Rednerpaar, um in zündenden, von rhetorischem Schwung getragenen Ausführungen eine glänzende Rechtfertigung der Zentrumspolitik der letzten 14 Jahre zu geben. Der Redner zerpflichtete so manches Schlagwort, das von gegnerischer Seite in die Wahlagitiation geworfen wird und auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder böswillige Verleumdung beruht, aus dem Ergebnis des Frontkämpfers heraus war der Redner mehr wie ungeachtet Nationalsozialisten berufen, den Begriff des "Nationalen" zu definieren. Immer wieder legten während seiner Ausführungen stürmische Beifallskundgebungen ein, die am Schluß den Charakter begeisterten Ovationen für den Redner annahmen.

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die durch keinen Mißton getrübt Kundgebung ihren Abschluß.

Anna und Elisabeth.

In den Rathaus-Lichtspielen läuft dieser Tage ein Film, der einer näheren Betrachtung wert ist. Ein Film, gegen den man sich unwillkürlich im Innern wehrt und sträubt, weil er seinem Thema nach in eine Epiküre hineingreift, die man lieber dem Film und der breiten, profanen Masse Unverständlicher vorenthalten möchte, weil er das Wunder und die göttliche Religiosität einfacher Menschen in den Mittelpunkt stellt, und den man doch ob seiner Ernsthaftigkeit, seiner Zurückhaltung, seiner künstlerischen Höhe nicht stark genug loben kann. Ein gewagtes Experiment, und doch jenseits aller Spielerei, jenseits aller Konjunktur ausübender Vermessenheit. Stark in seiner Erlebnisart und noch stärker in seinem Bestreben, den Film in seiner Gesamtheit wieder zu einem wahren Kunstwerk zu machen.

Anna, ein einfaches Dorfmadchen, bescheiden still und kindlich fromm, wird unglücklich in den Mittelpunkt des Dorfgeschehens gestellt. Sie leidet inbrünstig am Sarge des eben verstorbenen jüngeren Bruders und dieser steht auf, sie be-

rührt eine unglücklich Epileptische und sie wird gesund. Sie kann heilen, sie ist eine Wunderkinderin. Aber das fromme stille Kind wehrt sich dagegen, sie glaubt nicht an ihre besondere Kraft, sie kennt nur ihren einfachen Kinder glauben. Vergebens warnt der Pfarrer die Leute und beschwichtigt sie. Man treibt sie förmlich zum Wunderwirken. Vor allem die Gutsherrin Elisabeth, die jahrelang gelähmt war und die bei ihrer ersten Begegnung mit Anna in einer Ekstase gefund wird. Sie vor allem will die Kraft des einfachen Mädchens der ganzen Welt schenken. Sie treibt sie an das Bett des schwerkranken Testa, zwingt sie zu dem inbrünstigen Gebet ihres Lebens. Doch das Wunder bleibt aus. Demütigt und erschreckt flieht Anna zu dem einzigen Menschen, der nüchtern blieb, zu Martin. Elisabeth aber verzweifelt an sich und Anna, stürzt sich in den Abgrund. Und dies ihr Opfer erst Anna von allem Zwang, macht sie wieder zu dem einfachen Menschenkind voll Glauben und schlichter Frömmigkeit.

So stark zweifellos dieses Thema ist, die stärkste Wirkung im Film geht aber nicht von ihm aus. Sie kommt aus dem rein Filmischen und vor allem aus der Darstellung. Freilich

Zweipätliges gibt es auch hier genug. Man kann wohl verstehen, warum der Regisseur Frank Wysbar die Handlung in die Atmosphäre eines italienischen Alpendorfes, mit seiner Stimmung zwischen Licht und Schatten, Scharf und Unschärf verlegt, unverständlich bleibt es aber, warum er damit die handelnden Menschen, die im Denken und Sprechen und Fühlen nordisch sind, nicht in Einklang brachte. Außerordentlich stark bleibt vor allem der Stimmungseindruck dieses Films, das Herausheben starker Momente, durch Aufnahmen, Detailbilder und Vergrößerungen, die geschickte Ausnutzung padender Einfälle.

Pertha Thiele fand für die Anna eine Darstellung von starker Hingabe und Berinnerlichkeit. Ohne dabei an Schlichtheit einzubüßen, ohne die ihr eigene Herbit zu verlegen. Durch sie wurde die ganze gläubige Inbrunst dieses im Grunde genommen demütigen Menschenkindes bis ins letzte glaubhaft. Und sie machte es nicht zuletzt verständlich, daß das Wunder nicht aus dem Persönlichen kommen kann, sondern eine Auswirkung des Göttlichen ist. Dorothea Wied zeigte als Elisabeth wohl die efflatische Kraft einer Geheilten, die Ueberreize einer Kranken, aber eine gewisse Ueberbetonung von Gebärde und Gefühl brachte mehr als einmal ihre an sich schwierige Rolle in Gefahr. Ungewöhnlich stark und eindringend war die Gestaltung und Charakterisierung des fränkischen, westverachtenden Testa durch Matthias Wiemann, sehr sympathisch die Zeichnung des Pfarrers durch W. Kaiser-Heyl, und des gelinden Martin durch Carl Balhaus.

Es bleibt zum Schluß eigentlich nur eines zu bemängeln, daß der Film nicht genügend Aufklärung darüber gibt, daß Anna bei aller Frömmigkeit keine Wunderkinderin ist und daß alle im Film gezeigten Wunder irgendwie medizinisch zu erklären sind. Darunter brauchte keineswegs das Wunder, wie es theologisch-katholisch verstanden sein will, mißverstanden zu werden. Nur manche unnötige Unklarheit wäre damit beseitigt worden.

Erste Ziehung der Kennlotterie am 8. Juni

Die erste Ziehung, die ursprünglich auf dem Rennplatz am 5. Juni stattfinden sollte, findet mit Genehmigung des Senats am Donnerstag, den 8. Juni statt, weil auf dem Rennplatz nach häufigen Veränderungen kein geeigneter Ziehungsraum zur Verfügung steht. Die Ziehung wird in der Messehalle Danzig abgehalten werden. Bei den großen Gewinnchancen und den niedrigen Lospreise von nur 0,50 Gulden ist die Nachfrage nach Losen zurzeit recht groß. Der Reiterverein hat deshalb bei der von Sonnabend, den 20. d. M. stattfindenden Gewinnausstellung in dem freien Laden Langgasse 2 in Danzig eine besondere Losverkaufsstelle eingerichtet. Die geschmackvolle und gezielte Ausstellung wird allgemeines Gefallen finden. Der Hauptgewinn, 1 Silberhase im Werte von 2000 Gulden der Firma Stumpf & Sohn fällt ganz besonders ins Auge.

* Professor Dr. Roschmieder, der Direktor des Staatlichen Observatoriums Danzig, ist wegen seiner Arbeiten für die Erforschung des Segelfluges zum auswärtigen Mitglied des Institute of the Aeronomical Sciences New York ernannt worden.

* Die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Deutschland. Im April 1933 wurden bei den im Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland aufkommengeschlossenen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten, einschl. unserer einheitlichen Lebensversicherungsanstalt Westpreußen, 10 410 neue Versicherungen mit 13,78 Millionen RM. Versicherungssumme beantragt. Die durchschnittliche Versicherungssumme betrug in der Großlebensversicherung 3720 RM. gegenüber 3567 im April 1932 und in der Sterbegeldversicherung 427 RM. gegenüber 454 im gleichen Monat des Vorjahres.

* Fernsprechkarte mit Portugal. Der Fernsprechkarte zwischen allen Danziger Orten und Portugal, der bisher nur mit Lissabon und Oporto möglich war, ist auf alle portugiesischen Orte ausgedehnt worden. Die für Lissabon und Oporto festgesetzte Gesprächsgebühr (3 Minuten 24,05 Gulden) gilt auch für Gespräche mit allen anderen portugiesischen Orten.

Deutsche Jugendkraft.

Kundenpreise: Sonntag, 21. Mai.

- 16.00: Bez.-Al. Oliva : Ohra-Mischotland (D.S.R.-Vlag).
Littwin-Bröfen.
16.00: Bez.-Al. Bröfen : Brentau (Bröfen). Proch-Oliva.
17.00: Bez.-Al. Germania : Neufahrwasser (Bischofsberg D.
Rombowski-Ohra.
13.00: A.-Al. Oliva : Brentau (D.S.R.-Vlag). Nikolaus-Germania.
14.45: A.-Al. Langenau : Ohra-Mischotland (Langenau).
Braemer-Germania.
14.30: A.-Al. Rothenberg : Langenau (Rothenberg). Detke-Ohra-Mischotland.
14.30: A.-Al. Oliva : Ohra-Mischotland (D.S.R.-Vlag).
Rango-Neufahrwasser.
14.00: A.-Al. Gletkau : Bröfen (Gletkau). Kuprowski-Neufahrwasser.
15.00: A.-Al. Karmeliter : Brentau (Bischofsberg D. Saale-Bröfen.
14.30: C.-Al. St. Nikolai : Langfuhr (Herrngarten).
14.00: C.-Al. Schödlitz : Ohra-Mischotland (Bischofsberg D.

Gesellschaftsspiele: Sonntag, 21. Mai.

- 15.30: A.-Al. Gletkau : Schödlitz (Gletkau). Urbanst-Oliva.
14.30: A.-Al. Bröfen II : Werderort (Bröfen). Doppel-Langfuhr.
15.00: K.-Al. Langfuhr : Oliva II (Hufarenplatz).
13.30: K.-Al. Bröfen II : Neufahrwasser (Bröfen).
13.30: K.-Al. Nikolai I : Bröfen I (Herrngarten).
(Telephonische Spielberichte der Schiedsrichter unter Nr. 261 05 von 5-6.30 Uhr nachmittags.)

* Am Sonntag, dem 21. Mai, startet die Deutsche Jugendkraft beim Staffellauf „Duer durch Danzig“ in der ersten Rennklasse. Start 3.10 Uhr. Treffpunkt 2 Uhr St. Josephshaus.

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

Dampfer „Glin“ (Wolff). Dampfer „Mercator“ (Bergenske). Motorschiff „Glin“ (Bergenske). Motorschiff „Friedrich Marie zu Putbus“ (Bergenske). Motorschiff „Undine“ (Bergenske). Dampfer „Taarnholm“ (Reinhold).

Danziger Landes-Zeitung

Handel – Wirtschaft – Verkehr

Freitag, den 19. Mai 1933

Wie Gdingen Danzig abwürgt

Polens Einfuhr von Früchten über Danzig und Gdingen

Seit dem Jahre 1931 hat sich bei der polnischen Einfuhr von getrockneten Früchten, die früher zum größten Teil über die Landgrenze oder über Danzig erfolgte,

ein scharfer Wettbewerb zwischen Danzig und Gdingen entwickelt, bei dem Gdingen von der polnischen Regierung durch staatliche Speicherbauten, Zollmaßnahmen und neuerdings sogar durch ein teilweises Transportmonopol unterstützt wird, weshalb

die Einfuhr über Danzig stark zurückgegangen ist. Deshalb ist es von Interesse, an Hand der amtlichen polnischen Statistik Genaueres über die Zusammenfassung der Einfuhr von Früchten und deren Verteilung auf die beiden Häfen der Danziger Bucht zu ermitteln.

Die Einfuhr von frischen Früchten setzte sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

		Einfuhrmenge in To.					
		Insgesamt über Danzig über Gdingen					
		1931	1932	1931	1932	1931	1932
Insgesamt		39 204	22 974	897	1 050	270	11 558
davon							
Zitronen		13 491	9 987	516	623	30	6 610
Pflaumen		1 297	607	—	—	13	7
Weintrauben		5 710	3 491	62	27	51	429
Apfelsinen		4 309	2 939	64	230	153	1 755
Kepfel		8 167	3 553	227	73	15	2 584
Wassermelonen		5 069	1 551	—	—	2	174
Andere Süßfrüchte		187	312	7	62	1	174

Die seit 1931 allmählich eingetretene Zollermäßigung bei der Einfuhr über die Seegrenze hat in einigen Fällen auch für Danzig eine Zunahme gebracht, die aber viel kleiner ist als bei Gdingen. Die Einfuhr von Zitronen, Pflaumen und Apfelsinen ist aber zum größten Teil nach Gdingen verlegt worden. Die Zitroneneinfuhr kommt zum größten Teil von Italien. Die Einfuhr von Weintrauben kommt jetzt meist aus Spanien, während sie 1931 zum größten Teil aus Rumänien kam. Apfelsinen werden hauptsächlich aus Spanien und Italien eingeführt, neuerdings auch stärker aus Palästina, während Kepfel größtenteils aus USA. und Wassermelonen aus Ungarn bezogen werden.

Danziger Getreidebörse.

Letzte amtliche Notierung vom 17. Mai 1933.

Weizen, 128 Pfund, 21,25; Weizen, 125 Pfund, 20,75; Roggen zum Export, 10,75; Roggen zum Konsum, 10,50; Gerste, feine 9,80—10,00; Gerste, mittel 9,25—9,50; Gerste, geringe, 8,75—9,00; Hafer 8,40—8,50; Roggenkleie 6,30; Weizenkleie, grobe, 6,45; Weizenjagale 6,55 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Richtamtlich. Vom 18. Mai 1933.

Bei frischen Früchten war die Einfuhr über Gdingen im letzten Jahre schon etwa zehnmal so groß als über Danzig.

Diese Entwicklung hat zur Folge gehabt, daß kürzlich sogar eine neue dänische Dampferlinie für die Fruchteininfuhr über Gdingen eingerichtet wurde.

Für getrocknete Früchte ergibt sich eine ähnliche Entwicklung:

		Einfuhrmenge in To.					
		Insgesamt über Danzig über Gdingen					
		1931	1932	1931	1932	1931	1932
Insgesamt		9 559	7 574	2 828	845	1 352	3 329
davon							
Pflaumen-		7 279	5 722	2 055	395	1 255	3 029
Rosinen		993	767	414	205	40	222
Korinthen		580	551	202	178	—	18
Reife Feigen		364	295	440	22	—	31
Apfel u. Birnen		34	5	22	2	10	2
Andere		142	101	59	14	47	27

Für Danzig ergibt sich neuerdings ein besonders starker Rückgang des Pflaumenhandels. Die Einfuhr getrockneter Pflaumen kam früher hauptsächlich aus Südspanien über Danzig, seit 1932 aber zum größten Teil aus USA über Gdingen, was dem regelmäßigen Anlaufen der Seantenne Linie in Gdingen und nicht in Danzig zuzuschreiben ist. Auch die Rosineneinfuhr kommt jetzt mehr aus USA. statt früher aus Italien und Griechenland, während Korinthen fast nur aus Griechenland kommen. Die Einfuhr getrockneter Apfel und Birnen hat fast aufgehört, nachdem 1931 in Gdingen eine Obstroderei den Betrieb aufgenommen hat.

Wie stark auch die Verlegung der Obstinfuhr von Danzig nach Gdingen war.

den Danziger Handel getroffen hat, ergibt sich daraus, daß der Wert der Einfuhr von frischem Obst über Danzig von 1930 bis 1932 von über 1 Mill. auf 0,8 und von getrocknetem Obst von 5 auf 1,8 Mill. Loty gesunken ist, was wieder für eine Anzahl Firmen den Verlust der Existenz und für viele Menschen den Verlust des Brotes bedeutet.

Weizen, 128 Pfund 22,00; Weizen, 125 Pfund 21,25 bis 21,35; Roggen 10,75—10,95; Braugerste 9,80—10,10; Futtergerste 9,00—9,60; Hafer 8,25—8,35; Vitoriaerbsen 14,00 bis 16,75; Roggenkleie 6,30; Weizenkleie 6,45; Weizenjagale 6,55 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig.

Weizen hat im Preise nachgegeben. Mit 22,00 Gulden ist gute Ware angeboten. Roggen unverändert 11,00 Gulden. Futtermittel ebenfalls ruhiger.

Wien - Ziehung.

60 Proz. Roggenmehl 18,25 Gulden; Weizenmehl 0000 36,00 Gulden frei Bäckerei Danzig.

Berliner Produktenmarkt.

Vom 18. Mai 1933.

Märk. Weizen 198—200; Mai 213—215; Juli 215,50 bis 215,75; Tendenz: etwas fester. — Märk. Roggen 154—156; Mai 169—169,75; Juli 169,75—169,50; stetig. — Braugerste —; Futter- und Futtergerste 163—176; ruhig. — Märk. Hafer 136—140; Mai 143; Juli 140,25; ruhig. — Weizenmehl 23,50—27,75; ruhig. — Roggenmehl 21,15 bis 23,15; ruhig. — Weizenkleie 8,50—9,00; ruhig. — Roggenkleie 9,00—9,20; ruhig. — Vitoriaerbsen 21—26. — Kleine Speiseerbsen 19—21. — Futtererbsen 13—15. — Pelusiden 12,25—14. — Ackerbohnen 12—14. — Widen 12—14. — Lupinen, blaue 9,30—10. — Lupinen, gelbe 11,90—12,75. — Serabella, neue 16,50—18. — Feinfutten 10,80. — Erdnüssen, ab Hamburg 10,80. — Erdnüssenmehl, ab Hamburg 11,40. — Trodenknitzel 8,60. — Extrahiertes Sojabohnenmehl, ab Hamburg 9,30. — Extrahiertes Sojabohnenmehl, ab Stettin 10,10. — Kartoffelflocken 13,10. — Allgemeine Tendenz: befestigt.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten: 117—118; Dollarnoten 4,38—4,44; Kabel New York 4,39—4,45.

Berliner Devisen

		18. 5.		17. 5.	
		Geld Brief	Geld Brief	Geld Brief	Geld Brief
6	Buenos Aires 1 Pes.	0,853	0,857	0,853	0,857
6	Kanada 1 Canad. St.	3,157	3,123	3,147	3,153
4 1/2	Japan 1 Yen	0,869	0,871	0,869	0,871
7	Kairo 1 ägypt. Pfd.	14,595	14,635	14,505	14,545
7	Konstantinopel 1 t.Pfd.	2,038	2,042	2,038	2,042
2	London 1 Pfd. St.	14,215	14,255	14,125	14,165
3	New-York 1 Dollar	3,626	3,634	3,626	3,634
7	Rio de Janeiro 1 Milreis	0,239	0,241	0,239	0,241
7	Uruguay 1 Gold Pes.	1,648	1,652	1,648	1,652
2 1/2	Amsterdam 100 Fl.	169,23	169,57	169,58	169,92
9	Athen 100 Drachmen	2,458	2,462	2,458	2,462
3 1/2	Brüssel-Antw. 100 Belg.	58,54	58,66	58,54	58,66
6	Bukarest 100 Lei	2,488	2,492	2,488	2,492
4 1/2	Budapest 100 Pengö	82,27	82,43	82,27	82,53
8	Danzig 100 Gulden	6,254	6,266	6,274	6,286
6	Helsingf. 100 finnl. Mk.	21,36	21,90	21,80	21,84
7 1/2	Italien 100 Lire	5,195	5,205	5,195	5,205
7	Jugoslaven 100 Dinar	42,26	42,34	42,26	42,34
3 1/2	Kaunas Kown. 100 Litas	63,39	63,51	63,04	63,16
6	Kopenhagen 100 Kr.	12,94	12,96	12,89	12,91
4	Lissabon 100 Escuto	72,18	72,32	71,83	71,97
2 1/2	Oslo 100 Frk.	16,53	16,57	16,53	16,57
3 1/2	Prag 100 Kr.	12,69	12,71	12,69	12,71
7 1/2	Reykjavik 100 Kr.	63,94	64,06	63,94	64,06
5 1/2	Riga 100 Lats	73,18	73,32	73,18	73,32
2	Schweiz 100 Frk.	81,07	81,23	81,12	81,28
8	Sofia 100 Leva	3,047	3,053	3,047	3,053
3 1/2	Spanien 100 Pes.	35,86	35,94	35,96	36,04
3 1/2	Stockholm 100 Kr.	73,03	73,17	72,78	72,92
4 1/2	Talinn (Reval Estd.)	110,39	110,61	110,39	110,61
5	Wien 100 Schilling	45,45	45,55	45,45	45,55

(Dyne Gewichte)

Mitgeteilt von der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Filiale Danzig, Depofitenkassa, am Hauptbahnhof.

Danziger Devisen

18. 5. 17. 5.

		18. 5.		17. 5.	
		—	—	—	—
Scheck Lond. 1 Pfd. Sterl.		17,27	17,31	—	—
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.		57,27	57,38	57,27	57,38
Warschau 100 Loty		—	—	—	—
New York 1 Dollar		119,88	120,12	—	—
Berlin 100 RM.		20,11 1/2	20,15 1/2	20,115	20,155
Paris 100 fr. Frank		—	—	—	—
Helsingfors 100 fm.		—	—	—	—
Stockholm 100 Kr.		—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.		—	—	—	—
Oslo 100 norw. Kr.		—	—	—	—
Amsterdam 100 hfl.		—	—	—	—
Zürich 100 Franken		98,66	98,86	98,60	98,80
Brüssel/Antwerpen		—	—	—	—
100 Belga		71,13	71,27	71,09	71,23
Wien 100 Schilling		—	—	—	—
Prag 100 Kr.		—	—	—	—

Noten:

Poin. Noten 100 Loty	57,27	57,39	57,27	57,385
Dollar-Noten I.	—	—	—	—
von 5—100 1 Dollar	—	—	—	—
Reichsmark (100 RM.)	—	—	—	—

Danziger Effekten.

		18. 5. 33		17. 5. 33	
In Danziger Gulden notiert		—	—	—	—
Festverzinsliche Wertpapiere:					
a) ohne Zinsberechnung:					
7% Danziger Stadtanleihe von 1925		—	3)	—	3)

Beher und Mängel kennen. Man verzeiht es uns
und man ist es der Gedächtnis der ganzen mens-
lichen Geschichte. Dem es ist nicht allein in d-
berlischen Gesetze der Philosophie Gottes, in d-
Sinn. Mit ihm hielt die ganze menschliche Natur
ihren angeborenen Sinn. Alle wir Menschen
Christus mitteilt und mitunter zu werden, je wech-
wir mit Christus — nach dem Worte des hl. Paulus
— auch mit Christus in den Himmel. Christus w-
auch das, was er ist, auch die Person, die der Vater
in Schöpfung gegeben. Erst dann hat der menschliche
Leib Christi seine höchste Vollendung erreicht, was

Don
Gert Dieß.

und Strome", Sonntagblatt für das Jahr
1840 und fragte: „Wo ist denn
das Buch?“

ten: 1. in praktische; 2. in solche, die noch weiter zur Kirche gehen; 3. in solche, die überhaupt nicht mehr mitthun. Die praktischen Kirchpolizei sind die Freunde und der Feind des Geistesigen

Ich bin der Herr, dein Gott!

Nach Recht und nach Gerechtigkeit
Gehörst du Mir vor allen.
Drum mußt du Meinen Willen thun
Und Meine Wege wachen.
Vergiß nicht Mein Gebot, Mein Kind,
Und hab' es alle Tage,
Bis Ich zum Lohn die Seele dein
In Meinen Himmel trage!

Drum komme, wenn der Mai gefällt,
Und freue sich der schönen Welt
Und Gottes Vatergüte,
Die solche Pracht,
Hervorgebracht,
Den Baum und seine Blüte!
Ludwig Höllv.

Von M. Promber, Dresden.

S — i — t — l — m — n — o — p — :
 Ist das Buchstabieren
 Auch sehr schwierig, wie ich seh',
 Muß ich's doch probieren.
 Einmal wird mir's doch gelingen,
 Dieses Wunder zu vollbringen,
 Und dann laße ich: „Suche —
 Mutter, ich kann's We!"

Du! — r — s — t — u — v — w —
Was soll ich beginnen?
Tut mir doch der Kopf so weh
Von dem vielen Sinnen!
Heiß die Stirn und seuch die Hände;
Käme ich doch bald zu Ende
Du — r — s — t — u — v — w —
Mit dem dummen Ab!

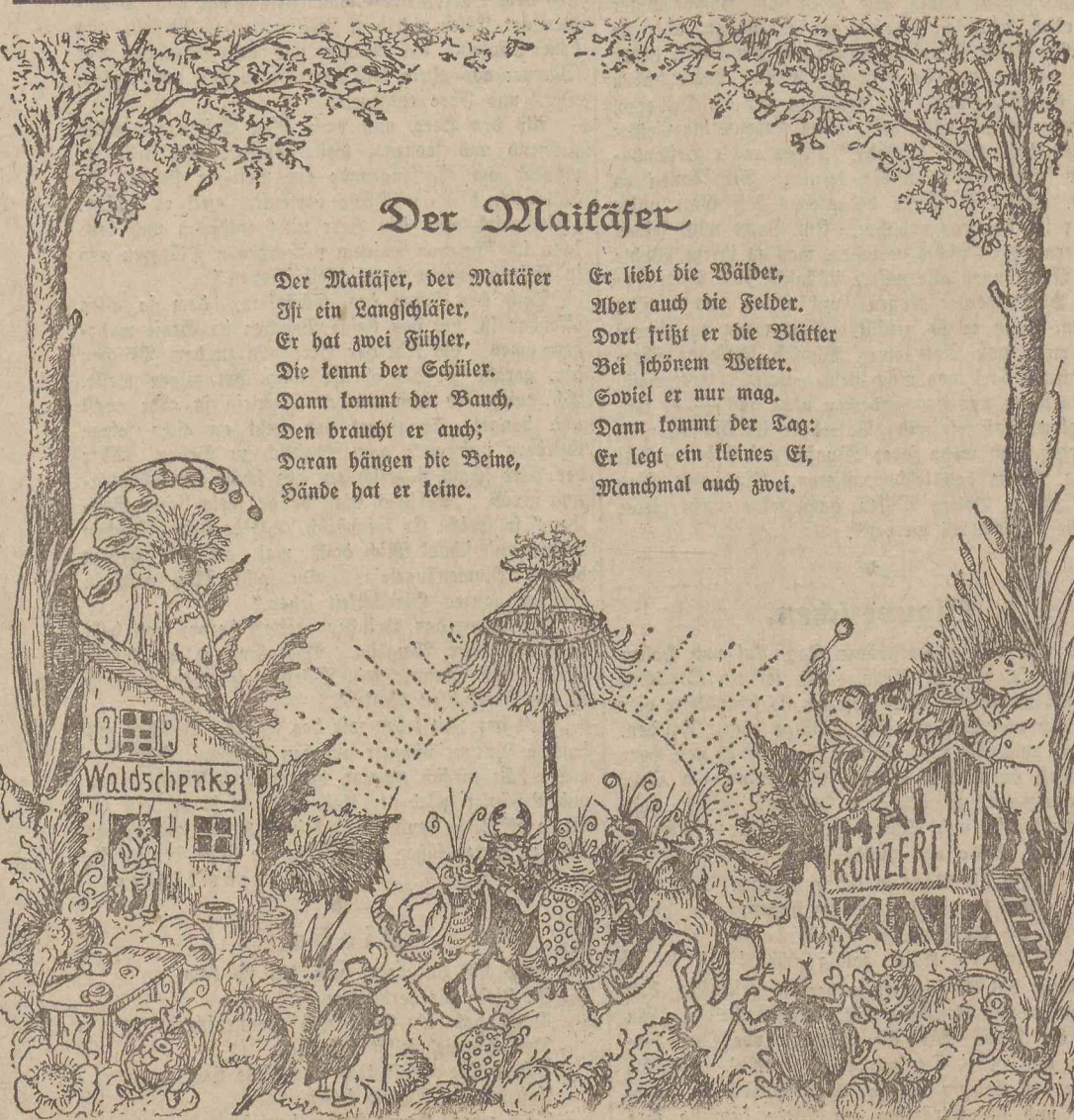
X! — Ypplon! — Zef! — Surra!!
 Fertig! — Welche Wonne!
 Nun mit frohem Hopsassa
 In die warme Sonne!
 Rasch hinunter in den Garten,
 Wo die Freunde mich erwarten;
 Mit Hallo und mit Tuckhe
 Kommt der Schük vom Abc!

Beilage zur Danziger Landes-Zeitung

2. Jahrgang

Der Matkäser, der Matkäser
Ist ein Langschläfer,
Er hat zwei Fühler,
Die kennt der Schüler.
Dann kommt der Bauch,
Den braucht er auch;
Daran hängen die Beine,
Hände hat er keine.

Er liebt die Wälder,
Aber auch die Felder.
Dort frißt er die Blätter
Bei schönem Wetter.
Soviel er nur mag.
Dann kommt der Tag:
Er legt ein kleines Ei,
Manchmal auch zwei.



Die Inflationsforderungen der Nazis

Der Landwirtschaftssenator weist die Angriffe nationalsozialistischer Landwirte zurück. Ihre Unkenntnis wird angeprangert — Eine Inflation müßte die Landwirtschaft selbst schwer treffen.

In einer Rundfunkrede führte Senator Hinz gestern folgendes aus:

Ich habe den gleichen Vortrag bereits vor einiger Zeit gehalten. Die daran geübte Kritik hat mich bewogen, ihn zu wiederholen. Wie Sie selber haben feststellen können, enthält mein Vortrag nichts weiter als eine rein sachliche Darstellung der Maßnahmen der jetzigen Regierung zur Bekämpfung der Inflation. Ich habe damit den Beweis erbracht, daß der Vorwurf großer, insbesondere nationalsozialistischer Kreise der Landwirtschaft, die jetzige Regierung hätte nichts für die Landwirtschaft getan oder sogar der Landwirtschaft dem Zusammenbruch zugeführt,

falsch und in höchstem Maße ungerecht ist.

Mit ist von einer Reihe von prominenten Leuten der Wirtschaft, aus Industrie und Handel, aber auch aus der Landwirtschaft beständig worden, daß im Gegenteil erstaunlich viel von der jetzigen Regierung für die Landwirtschaft getan ist. Die Zahlen und sonstigen Angaben, die ich gemacht habe, sprechen ja auch für sich und widerlegen die böswillige Kritik von selbst. Ich hätte nun erwarten dürfen, daß die einschneidende Kritik in sachlicher Weise das umfangreiche Tatsachenmaterial unter die Lupe nehmen und widerlegen würde. An sich ist das Tatsachen- und Zahlenmaterial auf Grund genauer Erhebungen attemmäßig zu belegen und unanfechtbar. Es ist

von den Kritikern aber auch nicht der geringste Versuch

in dieser Hinsicht gemacht worden. Von den Kritikern, die sich mit meinem Vortrag beschäftigt haben, führe ich besonders zwei an, die des nationalsozialistischen Volkstagsabgeordneten Malch und die des Hofbesitzers Franz Wilhelm-Stegenerwerder, der ebenfalls der nationalsozialistischen Partei angehört. Wenn ich mich mit der Kritik des Herrn Malch nicht weiter befasse, so wird das in allen landwirtschaftlichen Kreisen ohne weiteres verstanden werden. Die Kritik des Herrn Wilhelm-Stegenerwerder jedoch ist

typisch für die unsachliche und ungerechte Kritik,

die heute allgemein an den Maßnahmen der jetzigen Regierung von nationalsozialistischen Kreisen geübt wird. Abgesehen von ganz geringen tatsächlichen Ausführungen erspricht sich die Kritik des Herrn Wilhelm in Vorlesungen, wie sie in einem Wahlkampf üblich sind. Er spricht von „neuer Zielsetzung“, von „untergeordneten Teillösungen“, von dem „Primat der Banken“, von der „Sanierung des Bankkapitals“, von „geistiger Antarktis“, von „Morphiumsprigen“ und nennt mich schließlich den „Schutzpatron des Wucherkapitals“.

Diese Vorlesungen sind so hoch und abgeleitet, daß ich es mir versagen muß, darauf einzugehen.

Von seinen tatsächlichen Ausführungen ist bemerkenswert, daß er die Sicherungs- und Volkswirtschaft für die Landwirtschaft als praktisch wirkungslos bezeichnet. Ich brauche hier nur an das große Heer der landwirtschaftlichen Gläubiger zu appellieren, und zwar weniger der Geldinstitute wie Banken und Sparkassen, sondern der kleineren Gläubiger, die eine Hypothek oder ein Restkaufgeld auf ein landwirtschaftliches Gut gegeben haben und heute als ausgebeutete Landwirte ein Rentner-Dasein führen, um das sie wirklich nicht zu beneiden sind, sowie an

das große Heer der Handwerker und Kleinlieferanten, die alle beschäftigt werden, wie schwer sie von diesen Volkswirtschaftsmaßnahmen betroffen worden sind.

Es ist undankbar von der Landwirtschaft, wenn diese die Opfer, die die Volkswirtschaft im Interesse der Landwirtschaft gezwungen gemacht bringen müssen, nicht anerkennen will. Sehr viele dieser Gläubiger haben ebenso um ihr Dasein zu ringen wie die Landwirtschaft selber. Sie haben das gleiche Anrecht auf ein, wenn auch noch so bescheidenes, Existenzminimum ebenso wie die Landwirtschaft. Wenn in dem Tätigkeitsbericht des Danziger Landbundes für das Jahr 1932 ausgeführt wird, daß bei 185 Grundstücken mit zusammen über 7000 Hektar noch wieder die Zwangsversteigerung betrieben werden konnte, so ergibt das überhaupt kein Bild für die Not der Landwirtschaft

und für die Wirtschaft der landwirtschaftlichen Volkswirtschaftsmaßnahmen. Gegenüber den ca. 5700 landwirtschaftlichen Betrieben, die im gesamten Reichsgebiet vorhanden sind, machen die 185 Grundstücke nur einen ganz geringen Prozentsatz aus. Entscheidend ist aber, daß bei den 185 Grundstücken die Zwangsversteigerung eingeleitet worden ist, nicht um die Zwangsversteigerung zur Durchführung zu bringen, sondern um die Verzögerung von rückständigen Zinsen und anderen wiederkehrenden Leistungen zu verhindern.

Ein anderes Mittel, um die Verzögerung rückständiger Zinsen und anderer wiederkehrender Leistungen zu verhindern, steht den Gläubigern nämlich nicht zur Verfügung.

Die Zahl der Grundstücke, bei denen tatsächlich die Zwangsversteigerung durchgeführt ist, beträgt einen ganz geringen Bruchteil von 185. Tatsächlich ist noch nicht 1 Prozent der Grundstücke im Gebiet der Freien Stadt Danzig durch Zwangsversteigerung aus einem Besitz in den anderen übergegangen. Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen in den letzten zwei Jahren liegt erheblich unter der Zahl der Zwangsversteigerungen in den Jahren 1912 bis 1914, zu einer Zeit, in der es der Landwirtschaft bekanntlich gut ging.

Ich will mich im übrigen darauf beschränken, nur noch zu zwei Vorwürfen des Herrn Wilhelm-Stegenerwerder Stellung zu nehmen, die er der jetzigen Regierung zu machen hat. Der Wilhelm verübt es der Danziger Regierung, daß sie es unterlassen hätte,

den Artikel 217 des Warschauer Abkommens

zu kündigen und daß die Regierung damit die Danziger Landwirtschaft schutzlos dem polnischen Dumping ausgeliefert hätte. Der Artikel 217 des Warschauer Abkommens bestimmt, daß binnen 15 Jahren nach Inkrafttreten des Warschauer Abkommens weder Danzig noch Polen für den gegenseitigen Warenverkehr Ein- und Ausfuhrbeschränkungen erlassen darf. Er bestimmt ferner, daß jeder Vertragspartei vor dem Ablauf von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens erklären kann, er könne nicht dauernd auf Ein- und Ausfuhrbeschränkungen verzichten. Diese letzte Erklärung hätte Danzig vor Ablauf des Jahres 1931 abgeben müssen, um zu erreichen, daß vom Jahre 1937 ab im gegenseitigen Warenverkehr zwischen Polen und Danzig Ein- und Ausfuhrbeschränkungen hätten eingeführt werden dürfen. Die jetzige Regierung hat nach langwierigen Beratungen unter Zuzugung der besten Sachverständigen und aller beteiligten Kreise von einer Aufkündigung des Artikels 217

aus folgenden Gründen

Abstand genommen: Die Aufkündigung wäre nach der Bestimmung des Artikels 217 erst mit Beginn des Jahres 1937 wirksam geworden. Weiter aber hätte die Aufkündigung des Artikels 217 Polen den willkommenen Anlaß zu noch viel wirksameren Sperrmaßnahmen gegen den Danziger Handel und die Danziger Industrie gegeben als sie Polen heute schon verhängen würde zur Anwendung bringt. Während es jetzt Danzig möglich gewesen ist, unter Verknüpfung auf die vertragsmäßig vereinbarte Danzig-polnische Wirtschaftseinheit die verhängenwidrigen Sperrmaßnahmen zunächst bis zu einem gewissen Grade zur Aufhebung zu bringen und weiter zu erwarten ist, daß durch die bevorstehenden Senfer Entschärfungen diese Sperrmaßnahmen gänzlich beseitigt werden, würde Polen bei einer Aufkündigung des Artikels 217 zweifellos den Einwand erheben, daß Danzig diese Wirtschaftseinheit ja gar nicht will. Es ist nicht zweifelhaft, daß bei dem Zusammenbruch des Danziger Handels und der Danziger Industrie infolge der Durchführung der polnischen Sperrmaßnahmen auch die Gesamtwirtschaft Danzigs und letzten Endes der Staat in die schwerste Gefahr gebracht worden wären.

Auch die Danziger Landwirtschaft ist auf den Danziger Handel und die Danziger Industrie angewiesen und muß bei der unzulässigen Wirtschaftseinheit aller Wirtschaftszweige mit Schaden nehmen, wenn Handel und Industrie gestört werden.

Vor allem aber ist die Danziger Landwirtschaft nie als in der Lage, allein die Last des Danziger Staatswesens zu tragen, auch bei größtmöglicher Einschränkung des Staatsapparates. Der wichtigste Grund für die Nichtaufkündigung des Artikels war der, daß der Artikel 217 und die mit ihm im Zusammenhang stehenden Artikel des Warschauer Abkommens der Danziger Landwirtschaft die unangehörige Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte in das gemeinsame Ausland garantieren. Mit dem Wegfall dieser Bestimmungen würde für die Danziger Landwirtschaft

die Gefahr heraufbeschworen, daß sie mit ihren Erzeugnissen lediglich auf den Danziger Markt angewiesen wäre.

Die Bedeutung dieser Angelegenheit ist allen Landwirten ohne weiteres klar. Schließlich hat die Danziger Regierung es heute noch jeden Tag in der Hand, die Bestimmungen des Artikels 217 und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Warschauer Abkommens über die Danzig-polnische Wirtschaftseinheit auf Grund des Artikels 241 des Warschauer Abkommens zur Aufkündigung zu bringen. Polen würde einen solchen Schritt der Danziger Regierung durchaus begrüßen, weil er den polnischen Wünschen völlig Rechnung trägt. Schließlich haben noch andere Gründe, über die der Danziger Landbund genau unterrichtet ist, dazu geführt, von der Kündigung des Artikels 217 z. St. Abstand zu nehmen. Eine Erörterung dieser Gründe würde jedoch im Rahmen dieses Vortrages zu weit führen.

Befürworter ist es jedenfalls, daß sich der Landbund dem nicht verschließen kann, daß diese Gründe zwingend waren.

Herr Wilhelm-Stegenerwerder wirft schließlich dem Senat vor, daß er, als im Jahre 1931 die Entwertung des englischen Pfundes eintrat, den Danziger Gulden zum Nachteil der Landwirtschaftlichen Schuldner auf Gold umgestellt hätte und damit eine Inflation des Danziger Guldens vermieden hätte. Hinsichtlich der Verbeibehaltung der Goldwährung ist folgendes zu sagen: Jede Inflation bedeutet Verlust von Volkswert, von dem letzten Endes auch die Landwirtschaft nicht verschont bleibt. Auch die letzte Inflation hat der Landwirtschaft nichts genutzt, wie die heutige Verschuldung der Landwirtschaft am besten beweist.

Die Inflation hätte im Gegenteil der Landwirtschaft unermesslichen Schaden zugefügt.

Sie hätte die radikale Flucht des in Danzig investierten sehr erheblichen fremden Kapitals bedeutet. Damit wäre jede Möglichkeit der Vergabe von landwirtschaftlichen Krediten geschwunden, da das eigene Danziger Kapital zu gering ist. Wahrscheinlich aber wäre aus dieses Kapital aus Danzig geflohen. Die Stabilität des Danziger Guldens hat sich bei den Verhandlungen in Genf als die beste Abwehr der polnischen Bestrebungen auf Einführung der Klotz-Währung in Danziger Eisenbahnverkehr erwiesen. Nach dem Artikel der Finanzsachverständigen konnte Danzig wegen seines hochwertigen und stabilen Guldens auch die beschränkte Einführung des Klotz nicht zugemutet werden.

Umgekehrt hätte eine Inflation der Guldenwährung mit erheblicher Wahrscheinlichkeit den polnischen Ansprüchen auf Einführung des Klotz zum Siege verholfen.

Schließlich ist auch noch darauf hinzuweisen, daß in Polen, einem ausgesprochenen Agrarlande mit geringer Industrie, die Klotzwährung eine Inflation durchgeführt hat, welche eine Wertminderung von etwa der Hälfte des ursprünglichen Wertes zur Folge gehabt hat. Trotzdem ist die polnische Landwirtschaft ebenfalls stark verschuldet und ihre Rentabilität erheblich schlechter als die der Danziger Landwirtschaft. Die polnische Landwirtschaft hat nicht den geringsten Nutzen von

der Inflation gehabt. Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß auch die jetzige Reichsregierung mit aller Entschiedenheit eine Entwertung der deutschen Reichsmark ablehnt und die größten Anstrengungen macht, um die Reichsmark stabil zu erhalten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß so kapitalstarke Länder wie England und Amerika sich eine gewisse Inflation ihrer Währungen leisten können. Denn infolge ihrer Kapitalkraft haben sie es einigermaßen in der Hand zu bestimmen, wie weit die Inflation gehen soll. Das kleine Wirtschaftsgebiet Danzigs hingegen hätte es nicht in der Hand gehabt zu bestimmen, wann die Inflation aufhört und die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der Währung war durchaus vorhanden.

Die Danziger Regierung hat Staat und Volk den besten Dienst geleistet, daß sie durch die überaus schnelle und reibungslose Umstellung des Danziger Guldens auf Gold die gesamte Wirtschaft, insbesondere auch die Danziger Landwirtschaft und die gesamte Bevölkerung vor schweren Erschütterungen und unübersehbarem Schaden bewahrt hat. Wir alle kennen die Schrecken der Inflation und es ist

die Pflicht einer jeden Regierung, die die wahren Interessen von Staat und Volk wahrnimmt, einer Inflation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Schon die letzte Inflation wurde im Volksmunde als Volksbetrug bezeichnet. Die jetzige Regierung hat es bewußt abgelehnt, sich dem Vorwurf des Volksbetruges auszuweichen. Herr Wilhelm-Stegenerwerder steht leider nicht vereinzelt da. Es gibt Landwirte, zu deren Ehre ich annehme, daß sie die Zusammenhänge zwischen Volkswirtschaft und Währung nicht kennen, die in einer in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Inflation die beste Hilfe für die Landwirtschaft sehen.

Diese Landwirte sind leider das Opfer von Quacksalbern und Demagogen geworden, wie sie jetzt vielfach durch die Lande ziehen

und dem Volke, namentlich dem Landvolke vorzumachen versuchen, daß sie ein Mittel hätten, um mit einem Schlag alle Wirtschaftskrisen zu beseitigen. In solcher Einstellung steht Herr Wilhelm offenbar „das neue Gewissen“, von dem er in seiner Erörterung auf meine Rundfunkrede spricht. Die jetzige Regierung hat Wert darauf gelegt, daß sie sich ein aufres Gewissen erhalten hat und verzichtet gern auf das neue Gewissen.

Strafantrag gegen den „Vorposten“

Wegen fortgesetzter Verdrüssigungen des Direktors Heyn.

Amflich wird mitgeteilt:

Die hiesige Zeitung „Der Vorposten“ hat in den letzten Wochen wiederholt Verdrüssigungen gebracht, die sich mit angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Sparkasse beschäftigen. Im Zusammenhang damit sind auch in der Stadtbürgerchaft mehrfach Angriffe gegen den leitenden Sparkassendirektor, Herrn Heyn, gerichtet worden. Der Senat hat zu diesen Angriffen in Pressenachrichten Stellung genommen und erklärt, daß in allen Fällen eingehende Untersuchungen stattgefunden hätten und daß in allen Fällen es sich herausgestellt habe, daß diese Gerüchte grundlos wären. Der Senat hat auch gegen Personen, die sich an der Verbreitung dieser Gerüchte beteiligt haben, Strafanzeige erstattet. Dem „Vorposten“ scheint dies aber nicht zu genügen, er arbeitet weiter mit mehr oder weniger düsternen Andeutungen und Verdrüssigungen.

Herr Direktor Heyn hat nun, um im Interesse des von ihm geleiteten Instituts auch jeden Schein eines begründeten Verdachts zu nehmen, beim Senat beantragt, gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten, damit nochmals behördlichseits und unbeflüßelt von irgend einer Stelle eine Prüfung aller in Frage kommenden Angelegenheiten vorgenommen werden kann. Der Senat hat diesem Wunsche des Herrn Direktor Heyn stattgegeben. Im übrigen ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorpostens“ Strafantrag gestellt worden.

Regierung und Mittelstand

Senator Dr.-Ing. Althoff

Spricht am Sonntag, den 21. d. M., vormittags 12 Uhr, im Rundfunk über „Regierung und Mittelstand“ in Fortsetzung der Rundfunkrede, die er am 16. d. M. über dieses Thema gehalten hat. Insbesondere wird von ihm behandelt werden die Wohnungswirtschaft, Schiffahrt und das Gaststättengewerbe.

Katholisch und National!

National ist heute das Schlagwort. Alles schaltet sich heute national um. Das ist so große Mode geworden. Da gibt es in unserer Stadt schon das „nationale Restaurant“, da gibt es in Schaufenstern „nationale Briefbogen“ und wer weiß, was sich heute nicht noch alles als „national“ bezeichnet, um gute Geschäfte unter diesem Schlagwort zu machen. Man gehe doch einmal durch die Straßen und schaue sich all diese „nationalen“ Geschäftshäuser an, wie sie verlocken, aus der „nationalen Erhebung“, aus der nationalen Gefinnung und Begeisterung Kapital zum eigenen allerpersönlichen Vorteil zu schlagen. Materialismus in Reinkultur!

Wir Katholiken lehnen aus innerster Gefinnung und Überzeugung einen derartigen Mißbrauch ab. Uns ist die nationale Gefinnung, das Nationale etwas Hohes und Heiliges, das man nicht zum Geschäft oder zum Lament herabwürdigen darf, mit dem man nicht Propaganda treiben soll, sondern das man tief im Herzen verehren und nach außen vornehmlich durch die selbstlose, hingebende, opferbereite Tat beweisen soll. Und insofern unterscheiden wir uns von vielen heutigen „Nationalen“, und wir glauben, daß wir uns zu unserem Vorteil unterscheiden.

Diesen heutigen Zweinationalen gegenüber gilt es, auch die wahrhaft tiefnationalen Gefinnung entgegenzustellen, die im katholischen Volke vernunftgemäß ist, ja die der Katholizismus seinen Mitgliedern geradezu zur unabwiesbaren Pflicht macht. Es ist Aufgabe aller, sich darüber einmal gründlich zu unterrichten, in welchem Verhältnis Katholizismus und nationale Gefinnung und Betätigung zu einander stehen. Darum verweisen wir alle unsere Leser, namentlich aber die Leser innerhalb der Pfarrengemeinde Agl. Kapelle auf die am kommenden Dienstag, dem 23. Mai, abends 7.45 Uhr, im großen Saale des St. Josephshauses stattfindende Kundgebung des Zentrumsbezirks Agl. Kapelle, in der Pater Weber vom hiesigen Wallottinerkonvent sprechen wird über das Thema: „Katholisch und National“. Außerdem wird Senator Kurowski einige aktuelle politische Fragen erörtern. Also, Pfarrangehörige der Agl. Kapelle, erscheinen am Dienstag vollzählig im St. Josephshaus!

Kath. Jungmann!

Kath. Jungmadel!

Kämpfer herans! Fahnen herans!

Antreten zum letzten Sturmappell

für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Wir wollen dem deutschen Danzig zeigen, wo echtes

katholisches Jungvolk in diesem Wahlkampf steht!

Nicht beim Sakatenkreuz,

sondern am Christi Kreuz gekniet!

Nicht bei den Revolutionären,

sondern bei den staatsaufbauenden Kräften!

Nicht unter den eben Erwachten,

sondern in der Front der stets Bereiten!

Hier ist Dein Platz, wenn Du kämpfen willst für die

erprobte Wahrheit Deiner Überzeugung! Für die

unverfälschte Freiheit Deiner Vereine! Für das heilige

Recht Deiner Kirche!

Und wenn alles die braune Flut verschlingt,

bleiben wir als rettender Fels!

Darum her zu uns, zur jungen Front Brünnings.

Die gesamte Zentrumsjugend des Freistaates

ist am Sonntag auf

im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus!

Keiner darf fehlen! Jeder ist da!

Die Wandhorstbünde des Freistaates

Mois Derowski, Landesführer.

Silberhochzeit

Kriminalassistent Joseph Skomrod und seine Gattin Rosalie geb. Gorta, Hintergasse 14 wohnhaft, feierten dieser Tage das Fest der Silbernen Hochzeit. Der Jubilar, der seinen Reifejahren der Danziger Bürgergesellschaft auf Grund seiner dienstlichen Tätigkeit bestens bekannt ist, erfreut sich bei seinen Vorgesetzten und Kollegen großer Wertschätzung. Seit einem Vierteljahrhundert zählt Herr Skomrod zum Lehrkörper unserer Zeitung, in deren Namen Verlag und Redaktion die besten Glückwünsche aussprechen.

Für einige tausend Gulden Anzüge gestohlen.

Einbruch in den Lagerraum der Firma Rosenbaum.

Heute nacht ist in den im ersten Stock befindlichen Lagerraum der Firma Rosenbaum, Al. Goltzstraße 36, ein Einbruch stattgefunden. Die Diebe haben eine große Anzahl von Anzügen verschiedener Größen und Farben gestohlen, deren Wert sich auf einige tausend Gulden beläuft. Von den Einbrechern, die durch die erbrochene Tür in den Lagerraum gelangten, fehlt bisher jede Spur.

* Gewerkschaftssekretär verhaftet. Der Gewerkschaftssekretär Babel wurde gestern auf dem Hauptbahnhof von der Kriminalpolizei verhaftet, weil von der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation gegen ihn der Vorwurf erhoben wurde, daß er beschäftigte, Gelder der Danziger Gewerkschaften ins Ausland zu schaffen. Wie uns die Kriminalpolizei auf Anfrage mitteilt, ist Gewerkschaftssekretär Babel nach einer kurzen Vernehmung wieder entlassen worden.

* Mag. Galbe bei den Marienburg-Festspielen. Mag. Galbe, unser westpreussischer Landmann, wird, wie nun feststeht, der Uraufführung seines „Heinrich von Plauen“ bei den Marienburg-Festspielen zu Pfingsten persönlich beiwohnen. Auch freit zu erwarten, daß seine hochbetagte Mutter, die bekanntlich auf dem Halbeschen Stammtag in Gütland an der Weichsel wohnt, hierzu nach Marienburg kommen wird.

Wärmeres Wetter in Aussicht.

Wolfig, teils aufklarend, mild.

Uebersicht: Der hohe Luftdruck erstreckt sich von Nordbrunland aus über das Ostseegebiet hinweg bis nach Nordfrankreich. In seiner Nord- und Westseite tragen die ostwärts vorrückenden Randbildungen der atlantischen Störungen den hohen Druck ab und verursachen ein Zurückweichen des Windes auf südliche Richtungen. Hierdurch wird die weitere Zufuhr kalter Luftmassen aus dem Norden abgeregelt. Im Osten bringen neue, über Südrussland nordwärts gestörte Warmluftmassen des durch Ausgleiten auf die kühleren Luft Deutschlands nochmals Regenfälle.

Wettervorhersage für heute nachmittag: Vereinzelt noch Schauer, später aufklarend, schwache Nord- bis Ostwinde, Temperatur unverändert.

Für Sonnabend: Bewölkt, zeitweise aufklarend, schwache umlaufende Winde, mild.

Ausflucht für Sonntag: Wolfig, teils heiter, mild.

Höchsttemperatur des gestrigen Tages: 10,7 Grad.

Niedrigsttemperatur der letzten Nacht: 6,4 Grad.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Ehefrau Gertrud Maczkewicz geb. Jacobi, 50 J. — Witwe Maria Böhmke geb. Rajewski, 67 J. — Müller Franz Warfowit, 59 J. — Tochter des Witwengeldes Walter Gengerki, 3 Wochen. Georg Ordowski, ohne Beruf, 13 J.

Todesfälle: Kaufmann Heinrich Sprund, 61 J. — Witwe Johanna Schulz geb. Mischowski, 66 J. — Stütze Martha Biorrel, 39 J.

Oesterreich führt wieder Militärattachés ein

Wien, 18. Mai. Wie die politische Korrespondenz meldet, beabsichtigt die österreichische Bundesregierung, in nächster Zeit bei einzelnen österreichischen Gesandtschaften Militärattachés zu bestellen und zwar für Deutschland (zugleich auch für die Schweiz) in Berlin, für Frankreich (zugleich auch für Großbritannien) in Paris, für Italien in Rom, für die Tschechoslowakei (zugleich auch für Jugoslawien und Polen) in Prag und für Ungarn (zugleich auch für Rumänien) in Budapest. Die erforderlichen Akkreditierungen seien für die für diese Posten auszuwählenden Offiziere eingeholt worden.

Sanitätsdirektor: Frau Steffen (Tel. 248 07).
Verantwortlich: Für Kulturelles, Politik und Religion: Dr. G. Steffen (Tel. 248 07). Für Wirtschaft, Handel, Finanzen, Landwirtschaft, Vermittlung: Dr. G. Steffen (Tel. 248 07). Für Kultur, Wissenschaft und Sport: Frau Steffen (Tel. 248 07).
Verantwortlich: Für Kulturelles, Politik und Religion: Dr. G. Steffen (Tel. 248 07). Für Wirtschaft, Handel, Finanzen, Landwirtschaft, Vermittlung: Dr. G. Steffen (Tel. 248 07). Für Kultur, Wissenschaft und Sport: Frau Steffen (Tel. 248 07).

Zentrumsjugend an die Front!

Auf zur Kundgebung

am nächsten Sonntag im

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Bauarbeiten in Zoppot

Seit einiger Zeit wird in Zoppot an der Herstellung eines Verbindungsweges von der Wilhelmstraße zur Stolzenfelsallee gearbeitet. Der Herstellung des Straßenplanums der verlängerten Wilhelmstraße erfolgte als Notstandsarbeit.

Bei der Aufstellung der Kostenanschläge war i. Z. damit gerechnet worden, daß am Abhänge längs der sogenannten Grundriss-Wiesen

starkquelliges Gelände

vorhanden ist und deswegen war bereits ein erheblicher Zuschlag vorgesehen worden. Man hat schon zahlreiche Wasserrohre herbeigeschafft, um die Quellwasser, die vom Hang in großer Zahl herunterkommen, in Kanälen aufzufangen und abzuleiten. Da für die Vorarbeiten selbst eine nur verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung stand, hatte die Bauverwaltung es unterlassen, sich von dem Zustande des Bodens auf dem Abhänge selbst zu überzeugen. Das schien um so eher gerechtfertigt, da gerade an dieser Stelle am wenigsten außergewöhnliche Verhältnisse erwartet werden konnten.

Bei Beginn der Arbeiten stellte sich aber heraus, daß im Zuge des Straßenplanums eine etwa 0,8 Meter starke Moorschicht vorhanden ist, die entfernt werden muß, da unmöglich auf diese Moorschicht selbst das Straßenplanum aufgebracht werden kann. Durch die Entfernung der Moorschicht selbst, den Transport an andere Stelle und die Ausfüllung entstehen Mehrarbeiten, die etwa 800 Tagewerte bzw. 7000 G. notwendig machen. Eine Verlängerung der Straßentrasse kommt nicht in Frage,

da die dadurch entstehenden Kosten noch viel größer sein würden. Die Stadtverordneten-Versammlung am heutigen Freitag wird die Nachbewilligung von 7000 G. vornehmen.

Es sollen auf

dem Manzenplatz 26 Koniferen- und Laubbäume

unterpflanzt mit Stauden, angepflanzt und außerdem zwei größere mit Sommerblumen besetzte Rabatten angelegt werden. Das Gesamtbild dieser großen Freiflächen auf dem Manzenplatz wird durch die vorgesehene Anordnung der einzelnen Gruppen und Rabatten wesentlich belebt werden. Auch ist dafür Sorge getragen, daß bei einer evtl. später vorzunehmenden Umgestaltung als Rosengarten die einzelnen Gruppen ohne größere Kosten entfernt werden können.

Ferner soll der mit dem Manzenplatz parallel laufende und an der Nordstrandpromenade gelegene Rosenfreizeit in einer Länge von 150 Meter und einer Breite von 18 Meter ebenfalls frisch angepflanzt werden.

Außerdem wird eine planmäßige Ansammlung freier Stellen vorgenommen.

Nach dem Kostenanschlag der Stadtgärtnerei sind die Arbeiten mit rund 1000 Gulden veranschlagt. — Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die an der Stützmauer

auf dem Waldschützplatz

rechts und links anschließenden Böhlenwände, die dem

harten Erddruck von der Böhle aus entgegenzuwirken haben, müssen unbedingt erneuert werden.

Diese Erddruckkonstruktion ist in den letzten Jahren stark verfallen. Die jährlich vorgenommenen Ausbesserungen der gefährdeten Stellen haben nicht verhindern können, daß im vergangenen Jahre die linke Böhlenwand bei einem in der Waldbovenzeit einsetzenden Unwetter durch die von der Böhle herabfallenden Wasser- und Erdrassen zerstört wurde. Der Schaden konnte i. Z. gerade noch bis zum Abend, an dem eine Vorstellung stattfand, notdürftig behoben werden. Eine Gewähr für eine längere Standfestigkeit der Böhlenwände kann jetzt nicht mehr übernommen werden.

Der Umfang der erforderlichen Arbeiten und Materialerneuerungen bei einer gründlichen Reparatur bzw. Erneuerung dieser Böhlenwände läßt sich vorher nicht genau feststellen. Die voranschätzlichen Kosten werden nach Schätzung unserer Bauverwaltung etwa 1700 Gulden betragen.

Kreis Stuhm wenig verschuldet

Trotz Erntekatastrophe.

Stuhm. Zu der ersten Kreistagsversammlung waren sämtliche 21 Kreistagsmitglieder erschienen. In seinem Verwaltungsbericht über das verflossene Rechnungsjahr kam Landrat Dr. Zimmer insbesondere auf die Erntekatastrophe zu sprechen, die ungeheure Schädigungen hervorgerufen und zu einer außer-

ordentlich starken Arbeitslosigkeit, namentlich der Landarbeiter, beigetragen hat. Erfreulicherweise habe sich der Schuldenstand des Kreises im Laufe der letzten fünf Jahre nicht unbeträchtlich vermindert, das Vermögen konnte sogar vermehrt werden. Im Laufe dieses Jahres wäre an sich zwangsläufig ein Gebühretag in Höhe von mindestens 500 000 RM. entstanden, der aber durch äußerste Sparamkeit auf allen Gebieten fast völlig beseitigt werden konnte.

Namens der SPD-Fraktion gab Abgeordneter Lange die Erklärung ab, daß seine Fraktion ihre Wähler weiterhin vertreten wolle und da es im Kreise Stuhm eine Sozialdemokratische Partei nicht mehr gibt, glaube die Fraktion in der NSDAP, die richtige Interessenvertretung gefunden zu haben und trete deshalb dieser Partei als Hospitant bei. Der Fraktionsführer der NSDAP, verwahrte sich daraufhin gegen den Ausdruck „Interessenvertretung“ und betonte, daß in der NSDAP lediglich das Allgemeinwohl vertreten wäre.

Der Haushaltsvoranschlag wurde bei Stimmenthaltung der beiden Voten en-bloc angenommen. Der Voranschlag schließt mit einer Ausgabe von 1 930 000 RM, einer Einnahme von 1 870 000 RM, und einem Gebühretag von 60 000 RM, ab. Zur Deduktion des baren Gebühretages wurde beschlossen, zu den Reichseinkommen- und Körperschaftsteuerüberweisungen, sowie zum Aufkommen an Bürgersteuer nach dem Landesmindestsatz einen 78prozentigen Zuschlag, zur staatlich veranlagten Grundvermögenssteuer einen 101prozentigen und zur Gewerbesteuer und Gewerbesteuersteuer einen 96prozentigen Zuschlag zu erheben. Die nachfolgenden Wahlen zweier Kreisdeputierter, der Amtsvorsteher, und der übrigen Kommissionen ergaben bei Stimmenthaltung der Deutschen Nationalen und der Zentrums-partei ausschließlich die Wahl von NSDAP-Angehörigen.

Am Dienstag, den 16. Mai, um 1/2 2 Uhr nachts entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein herzensgutes, innigstgeliebtes Mütterchen,

die Witwe

Anna Freda

geb. Hallmann

im 58. Lebensjahre.

Danzig, den 18. Mai 1933.

Dieses zeigt in tiefer Trauer an
ihre einzige Tochter
Helene.

Requiem Sonnabend, den 20. d. Mts., morgens 7 Uhr in der Basilika St. Nikolai; die Beerdigung findet nachmittags 1/2 2 Uhr vom Trauerhause, Weickmannsgasse 1 aus auf dem St. Nikolai Kirchhof an der Hochschule statt.

Am Dienstag, den 16. d. Mts., starb nach schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten,

der Küster der Kreuzkapelle

Franz Barsowski

Er hat stets treu und überaus gewissenhaft sein Amt versehen. Gott schenke ihm die ewige Ruhe!

Im Namen der Kuratie Neuschottland
Hoppe, Pfarrer.

Die Ueberführung findet am Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses nach der Kreuzkapelle statt. Sonnabend, den 20. d. Mts., 9 1/2 Uhr, Beginn der Trauerfeierlichkeiten, daran anschließend Beerdigung auf dem Bräunauer Friedhof.

Ämtliche Bekanntmachungen

Die Herstellung von Harttauchspaltdecken für mehrere Straßen der Innenstadt wird öffentlich ausgeschrieben. Bedingungen: Pfefferstraße 33/35, Mittelgebäude, Zimmer 20, gegen Erstattung von 2.— G erhältlich. Eröffnung der Angebote am 30. 5. 33 vorm. 10 Uhr ebendort, Zimmer 15. Städtische Tiefbauverwaltung.

Danziger Stadttheater

Intendant: Hanns Donadt

Freitag, 19. Mai, 19 1/2 Uhr: Preise 2.

Dauerarten Serie IV. Zum letzten Male.

Undine

Romantische Oper in 4 Aufzügen von Ab. Vorhagen.

Musikalische Leitung: Gottfr. E. Seiffing.

Regie: Oberregisseur Hans Rudolf Waldburg.

Inszeniert: Fritz Blumhoff.

Personen wie bekannt.

Anfang 19 1/2 Uhr. Ende 22 1/2 Uhr.

Sonnabend, 20. Mai, 15 1/2 Uhr. 8. Städtische

Schülervorstellung. (Der 18. Oktober).

20 Uhr: Vorstellung für die NSDAP.

(Schlageter).

Sonntag, 21. Mai, 15 Uhr: Vorstellung für

die Freie Volkshilfe. (Angeborg).

19 1/2 Uhr: Preise 3. Mda. Große Oper in

4 Akten. Musik von G. Verdi.

1. Ziehung Donnerstag, 8. Juni

Messehalle Danzig

Hauptgewinn 1 Silberstück i. W. v. 2000.— G

Weitere Gewinne à 1000.—, 500.—, 200.—, 100.— G usw.

Los 0,50 G

Auf Wunsch Barauszahlung 80 %

Ausstellung der Gewinne, zugleich Losverkauf

ab 20. d. Mts. Langgasse 2.

2. Ziehungstag

18. Mai 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 238070 243200

2 Gewinne zu 3000 M. 189758

16 Gewinne zu 2000 M. 64687 75548 109594 201391 211023 312651

36359 373235

20 Gewinne zu 1000 M. 113575 148728 160435 179863 192046

215184 231106 258985 292991 303766

30 Gewinne zu 800 M. 21189 35333 51912 54171 88439 99101

127944 184307 226039 245293 252913 266846 287193 326187 332487

52 Gewinne zu 500 M. 23492 27149 29994 39483 129256 158140

180473 189854 194284 229048 232169 237639 245620 247424 263095

272217 284001 292551 294133 295493 302946 338944 341533 359702

370619 386804

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 29806

4 Gewinne zu 3000 M. 93940 178573

2 Gewinne zu 2000 M. 221473

22 Gewinne zu 1000 M. 20074 75285 77343 100368 172823 287825

316296 322109 341488 360890 368313

32 Gewinne zu 800 M. 10393 23126 45394 93811 143434 167126

172926 260126 261305 277640 290265 302751 310640 341884 349497

367892

42 Gewinne zu 500 M. 6020 8572 55419 55504 98889 152285

183720 207476 208034 246843 247223 255076 288969 298727 298815

315380 322446 335221 356243 371826 374288

Soeben erschien neu, reich bebildert:

MANFRED FREIHERR

VON RICHTHOFEN

Der rote Kampfflieger

Dem erfolgreichsten Lufthelden des Weltkriegs zum Gedenken! Die eigenen Aufzeichnungen des „roten Kampffliegers“ (so nannte man Richthofen nach der Farbe seiner Maschine), um vieles Interessante erweitert von seinem Bruder Bolko! Dazu zahlreiche Fotos von Richthofen und acht Luftkampfbilder von unerhörter Wucht! Vorwort von Ministerpräsident Hermann Göring, Richthofens Nachfolger im Kommando des Jagd-Geschwaders.

In Ganzleinen schön gebunden für nur

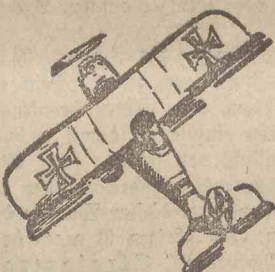
360

Guld.

Vorrätig in der

Buchhandlung des Westpreuß. Verlags AG.

Danzig, Am Sande 2. Tel. 247 96 / 97.



Heirats-Anzeigen

Jünger Mann, kath., 27 Jahre alt, sucht zwecks baldiger

Heirat

kath. Mädchen, Witwe angenehm, etwas Ersparnisse erwünscht. Angebote mit Bild unter Nr. 2088 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Stellen-Angebote

Junges Mädchen

zur Verichtung v. Hausarbeiten für 3 Std. am Vormittag in Langfuhr gesucht.

Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 3916 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stellen-Gesuche

Suche Stelle im einfachen Haushalt. Kochkenntnisse u. gute Zeugnisse vorhanden. Angeb. unter Nr. 2087 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kreuzbl. älteres Mädchen

mit Koch- und Nähkenntnissen, das zu Hause schlüft, für klein. Haushalt gesucht. Angebote mit Gehaltsanfr. unter Nr. 3914 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Unterricht

Student

phil., langjährige Erfahrung, erteilt

energ. Nachhilfe

Stunde 1 Gulden. Angebote unter Nr. 3118 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verkäufe

1 Konzertflügel mit dopp. Polyanodenboden, 1 Post. Originalwedgläser von 1/2—2 Liter, 1 Porzellan- u. Tafelwaage, 1 Kuchenschneid. 1 Pechholzorgel, 1 Schrank, 1,80 m lang, billig zu verkaufen. Angeb. unter Nr. 3915 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verschiedenes

Gehärfhund

1 Jahr alt, sehr wachsam und scharf, in gute Hände abzugeben.

Kammerer,

Zoppot, Neustädterstr. 22

Achtung!

Kein Kaufzwang!

Elegante Damen-Mäntel von 16 50 an

Elegante Herren-Mäntel

Elegante Herren-Anzüge von 12 50 an

Sport-Anzüge sehr großes Lager!

Hosen Hute

Bekleidungs-Haus

„London“ 2. Damm Ecke 10



Beamte!

Lehrer!

Behördenangestellte!

Eure Zentrumsversammlung

findet statt am

Montag, den 22. Mai, 19 Uhr

im

Pfeileraal des Friedr.-Wilh.-Schützenhauses

Es spricht: Herr Abgeordneter **Schulrat Weiß.**

Alle Kollegen und Kolleginnen sind herzlich eingeladen.

Die Zentrumsparlei des Freistaates Danzig.



UFA-PALAST

Elisabethkirchengasse 2

Telefon 246 00

Ein überwältigender Sieg

des deutschen

Lustspiel-Films

Lucie Englisch

in

Die Unschuld

vom Lande

Der Bombenerfolg

der Produktionsleitung: Gustav Althoff. Mit

Ralph A. Roberts,

Curt Vespermann, Oskar Sabo.

Regie: Carl Boese.

Ferner: **Das Kleine Varieté**

und

neueste Ufa-Tonwoche

Beginn: Wochentags 4. 6.15, 8.30 Uhr

Achtung! Sonntags jetzt: 4. 6.15, 8.30 Uhr



Licht-Spiele

Elisabethkircheng. II

Fernsprecher 246 00

Lee Parry

Johannes Riemann

Leo Slezak, Oskar Karlweis

in der

Oskar Straus Tonfilmoperette

Die Herren

vom Maxim

Das lustige Abenteuer zweier Junggesellen, die das Pech haben sich immer in die gleichen Frauen zu verlieben. Dazu die schmissige, einnehmende Musik von

Oskar Straus, des Komponisten des

„Walzertraum“.

Sowie **Tonbeiprogramm und**

Neueste Deulig-Tonwoche

Wochentags 4. 6.15, 8.30 Uhr

Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr

Meines

Kind

für eigen abzugeben.

Ang. unter Nr. 2055

an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Wer kauft

oder verkauft für wenig

Geld

3-armige Leuchter?

Angeb. unter Nr. 3913

an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Sattlerei Peters

Liefau

liefert und repariert

Geschirre

Reibriemen

Polsterfächer

Schirme

Reparaturen

und Bezüge

billig und gut

Karau

Danzig, Langgasse 55

Langf., Hauptstr. 120



Fahrräder

und Ersatzteile

noch billiger und

besser

Besichtigung meines

Lagers unbedingt nötig

Waldau

Altstadt, Graben 21

Reparaturen prompt u. sachgemäß

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.